

17 | September 1975

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 4 Die "Lebens-Schützer" groß in Form
- 6 Portugal vor der Zerreißprobe
- 10 Ökonomische Situation Portugals
- 11 Der bürgerliche Rechtsstaat
- 12 BRD: Tariferhöhungen und die Linke
- 15 Chile: Das zweite Jahr nach dem Putsch
- 16 KSZE: Helsinki und was weiter?

Die neue alte ÖVP

Am 19. Juli verunglückte der ÖVP-Parteiboss Schleinzner. 5 Tage später stand der neue Parteiboss fest: es ist dies der Bankdirektor Taus. Der Wechsel war unter der Obhut des Bundeswirtschaftskammerpräsidenten und Wirtschaftsverbandschleuzers Sallinger vor sich gegangen.

Erinnern wir uns: Bereits 1971 war Taus als möglicher VP-Obmann genannt worden. Damals kandidierte er schließlich doch nicht gegen Schleinzner. Im Frühjahr dieses Jahres schließlich machte ihn die steirische Volkspartei überraschend zu ihrem Spitzenkandidaten für die Nationalratswahl. Es war dies ein bewußter und eindeutiger Affront gegen die damalige Parteiführung. Schleinzner wurde damit sein Ersatzmann unmittelbar vor die Nase gesetzt. Damals bog er es mit der sogenannten Junglöwenschau ab: es war dies eine Vorstellung junger Politiker, die in der ÖVP als "politische Talente" gesehen werden. Nun sind 2 von diesen politischen Talenten die neue Parteiführung.

Der rasche Wechsel in der Parteiführung dokumentiert eine starke Kontinuität der VP-Politik. War mit Schleinzner bereits der Parteiflügel ans Ruder gekommen, der stark die Ideologie der Ideologiefreiheit vertritt und eine angeblich von Ideologie freie, technokratische Politik forcierte, so hat sich diese Tendenz nun verstärkt fortgesetzt. Taus bezeichnet sich selbst zwar als Anhänger der christlichen Soziallehre und als Schüler des zum "Sozialrevolu-

tionär" emporstilisierten ehemaligen Abgeordneten und Institutsleiter Dr. Karl Kummer, VP-intern hingegen gilt er als pragmatischer Technokrat am Rockzipfel der Industriellenvereinigung. Obwohl selbst

ÖAAB-Mitglied, sind innerhalb des ÖAAB bereits Ängste lautgeworden, dieser "Arbeitnehmerverband" der Konservativen werde von Taus und

Seite 3



ÖGB-Kongreß:

Wohin werden die Weichen gestellt?

Mitte September findet der 8. ÖGB-Kongreß statt. Daß der ÖGB die größte Klassenorganisation in Österreich darstellt, ist unleugbar. Daher ist es auch für uns selbstverständlich im ÖGB mitzuarbeiten. Dies verpflichtet uns gleichzeitig, die Politik des Gewerkschaftsbundes kritisch zu beurteilen und daraus unser Engagement in der Gewerkschaftsbewegung abzuleiten.

Die "Gewerkschaftliche Einheit" verlangte bereits vor einem Jahr, daß die Vorbereitung des Kongresses nicht in kleinen Gremien erfolge. Sie verlangte, daß die Materialien, die dem Kongreß vorgelegt werden, vorher den Gewerkschaftsmitgliedern zur Diskussion gestellt werden.

Daß dies nicht erfolgte, ist ein Symptom für die Politik des ÖGB. Der 8. Kongreß soll die Vorstellungen des ÖGB für die weiteren Jahre erarbeiten. Der Bundesvorstand hat die Richtlinien, welche Themenkreise behandelt werden sollen, festgelegt und sieben Arbeitskreise be-

auftragt, die Grundlagen für die Diskussion zu schaffen. Sechs Arbeitskreise tagten. Es waren kleine, nach Fraktion zusammengesetzte Gremien, die unter Zeitdruck die von der SP-Fraktion erarbeiteten Vorschläge behandeln durften. Daß, bei der Zusammensetzung der Arbeitskreise, keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen möglich waren, ist verständlich. Der siebente Arbeitskreis, der nicht tagte, sollte sich mit Organisationsfragen beschäftigen.

Auch das ist bezeichnend für den ÖGB, daß gerade jener Arbeitskreis, dessen Aufgabe darin bestand, Alternativen zu erarbeiten, die es den Gewerkschaftsmitgliedern ermöglichen, an der Politik des ÖGB mitzuwirken, nicht zusammentrat. Wieder einmal (das gilt nicht nur für den ÖGB) stellte sich heraus, daß vom Apparat schwer verlangt werden kann, Demokratisierungsprozesse zu fördern, die seine Macht und Privilegien einschränken.

Seite 2



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX

offensiv links

OFFENSIV, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

LINKS, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.
Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145
Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- jährlich

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien

Fortsetzung von Seite 1

Wohin werden die Weichen gestellt?

Die Vorbereitung des Kongresses hat gezeigt, daß der Gewerkschafts-Apparat die Politik des ÖGB entscheidet und daß er nicht Ausführungsorgan der Wünsche der Mitglieder ist. Daher ist es auch verständlich, daß die vorbereiteten Materialien nur von einer Handvoll Funktionären diskutiert wurden und selbst in den einzelnen Gewerkschaftsleitungen (von Orts- und Fachgruppen ganz zu schweigen) nicht ausführlich behandelt wurden.

Diese Haltung der ÖGB-Hierarchie, die Politik unter Ausschluß der Gewerkschaftsöffentlichkeit zu bestimmen, hat unter der Mitgliedschaft zu schweren Folgen geführt. Im Bewußtsein breiter Teile der Arbeiterschaft ist die Gewerkschaft keine solidarische Klassenorganisation mehr, sondern eher eine Dienstleistungs- und Versicherungsanstalt geworden (die Einführung der Solidaritätsversicherung, der Ausbau der Ferienheime u.s.w. bestätigen diesen Eindruck).

Den, nun zum Kongreß vorgelegten Papieren, ist eines gemeinsam. Obwohl sie einige interessante Informationen beinhalten, sind sie Ausdruck der Sozialpartnerschaft und der Integration des ÖGB ins kapitalistische System. Im Gegensatz zu vielen westeuropäischen Gewerkschaftsverbänden wird auch verbal auf eine gesellschaftsverändernde sozialistische Perspektive verzichtet.

Natürlich werden in den Materialien auch Reformen verlangt, die in den "Wohlfahrtsstaat" führen sollen und deren Verwirklichung die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen verbessern würde.

Dies trifft vor allem auf die Gebiete "Sozialpolitik", "Vermenschlichung der Arbeitswelt" und "Bildung und Kultur" zu. Diese Reformen sollen jedoch nicht durch die Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in Klassenkämpfen erreicht werden, nicht gegen den Willen der Unternehmer, sondern, - wie es in einem Arbeitskreis lautet - durch "möglichst breite parlamentarische Beschlußfassung". Was das bedeutet,

hat ziemlich eindrucksvoll das Arbeitsverfassungsgesetz gezeigt, daß so lange verwässert wurde, bis die Unternehmer ihre Zustimmung gaben.

Im Arbeitspapier "Wirtschaft und Wachstum" zeigt sich das noch deutlicher. Hier haben sich die Ideen Kienzl's eindeutig durchgesetzt. Der ÖGB hat "verantwortungsbewußt" zu handeln. Das bedeutet konkret, den Unternehmern keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten, sondern die Arbeiterschaft in ihren berechtigten Forderungen zu bremsen. Die Lohn-Preis-Spirale feiert fröhliche Auferstehung und wird "wissenschaftlich" präsentiert. In diesem Papier wird auf jede anti-kapitalistische Maßnahme verzichtet und die Gewerkschaften mit der Aufgabe beauftragt, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu retten. Arbeiterkontrolle, Einengung der Macht der Unternehmer, echte Mitbestimmungskonzeptionen fehlen daher selbstverständlich.

Dafür wird ein Material "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" vorgelegt. Fast sämtliche westeuropäischen Gewerkschaften haben diese Frage ad acta gelegt. Um aber der ÖVP-Fraktion entgegenzukommen, wird sie wieder aufgewärmt. Daß in diesem Material von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nur am Rande etwas beinhaltet ist, macht die Sache nicht besser.

Einige positive Ansätze zeigt das Material über die "Multinationalen", aber auch hier werden keine Konsequenzen gezogen.

Die Art der Vorbereitung, die Bestimmung der Delegierten zum Kongreß erschwert es den Linken im ÖGB, konkrete Alternativen zur Diskussion zu stellen. Wir werden in unseren Publikationen ausführlich über die Ergebnisse dieses Kongresses berichten und versuchen, an Hand der Beschlüsse des 8. Kongresses die verhängnisvollen Folgen dieser Sozialpartnerschafts-Politik den Arbeitern und Angestellten bewußt zu machen.

H. M.



Die neue alte ÖVP

Busek allzusehr in den Hintergrund gedrängt werden. Die Kräfte, von denen er geschoben wird, sind schließlich aufschlußreich. Zu einem war es der Wirtschaftsbund, nach wie vor der stärkste Bund der Partei, was den Einfluß anlangt. Zum anderen aber stehen einige Bundesländerorganisationen hinter ihm, insbesondere die steirische. Gerade die steirische Partei macht aber in schöner Regelmäßigkeit als Reformpartei von sich reden, als Reform in streng konservative Richtung. Das ist ihr auch insofern möglich, als sie innerhalb der ÖVP die stärkste und bestorganisierte Länderorganisation ist, im Grunde die einzige wirklich organisierte und schlagkräftige Landespartei. Nachdem ihr vor rund einem Jahr auf dem Linzer Parteitag der Sturm auf den Generalsekretär Kohlmaier mißlungen war, konnte sie mit Taus und Busek jetzt gleich einen Doppelerfolg landen. Die Steirer Partei - und nicht sie allein - dürften das Unglück Schleinzers ohne Zweifel als ein Glück für sich betrachten. Ob es dies auch für die Partei ist, wird sich erst zeigen müssen. Fest steht jedenfalls, daß mit Taus jene Kräfte in der Volkspartei das Heft mehr den je in der Hand haben, deren einziger Ausweg aus der gegenwärtigen Krise der gute Rat ist, die Gewinne noch stärker steigen zu lassen. Dementsprechend ist auch die Lösung, die er in seiner Parteitagsrede am 31. Juli anbietet, entsprechend einfach: "Ganz einfach: Wenn wir überleben wollen, müssen wir leisten, arbeiten..." (Man) sollte davon ausgehen, daß in dieser kritischen Situation der öster-

reichischen Wirtschaft etwas Verteilungskonstanz gehalten werden sollte und damit die Stückkostenentwicklung einigermaßen stabilisiert wird... Das Budget darf nicht rasch und schmerzlos über die Bühne gebracht werden. Es gibt eben viele Interessen" und keine "Solidarität der Interessen." Hier wird offen der Klassenkampf von oben gepredigt, auch wenn gleichzeitig der Sozialpartner beschworen wird, was sich ja ohne weiteres ergänzt. Partnerschaft ist wichtig für jene, die schärfere Klassenauseinandersetzungen zu fürchten haben. Von daher ist auch das Drängen auf stärkere Zusammenarbeit auch auf politischer Ebene zu verstehen, mag es sich jetzt um eine Konzentrationsregierung handeln oder um andere Formen der politischen Zusammenarbeit. Die Krise ist ernsthaft genug, um für das Kapital zur Sozialpartnerschaft auch noch eine institutionalisierte politische Partnerschaft nützlich zu machen. Das Kapital hat seine Partei, aber es braucht zusätzlich die Sozialdemokratie, um sein entscheidendstes politisches Ziel zu erreichen, nämlich ein Stillhalten der Arbeiterschaft. Die neue ÖVP-Führung weiß das sehr wohl. Wenn sie in Sachen Konzentrationsregierung vorsichtiger ist und nur mehr von verstärkter politischer

der lange marsch
zeitung für eine
neue linke



Nr. 16 (April 75)
"Antifaschistisches Aktionsprogramm der SPD"
"Die Entführung aus unserer Sicht" (Lorenz, F.)
"Schlammochel und Wappenstein" (Hochschulpol.)
"SBW-Die Zärtlichkeit einer Krake"
"Die Linke-Die Türkei und türkische Arbeits-
emigranten"
"Materialien zur Wyhlarbeit" "Vietnam"
Nr. 17 (Juni/Juli 75)
"Der deutsche Maoismus-kein Schritt vorwärts,
zwei nach rechts!"
"Portugal-das Volk lernt im Kampf"
"Spanien-die Uhr läuft ab"
Kritik der Thesen des SB
GEW-Berlin: Ergebnisse der Neuwahlen
"Strategie eines betrieblichen Abwehrkampfes"
Redebeitrag der IAW (Homosexuelle Aktion Westberl.)
"Was ist Klassenbewusstsein"-Lucács-Rezeption
"Vietnam - kontrovers"
"2. Manifest der Arbeiter der Zeitung Republica"

Redaktion: LM c/o Buchladen „Commune“
1 Berlin 45, Unter den Eichen 84 d
Einzelabo: über Redaktion;
6 Ausgaben + Versandkosten = 10,80 DM
Vorauszahlung auf Postscheckkonto
Nr. 4020 94-104, D. Schütte, Psche Bin-W.
Vertrieb: an Wiederverkäufer (BRD)
Maulwurf, 1 Berlin 62, Crellstr. 22
Preis: Berlin-West = 1,00 DM - BRD = 1,20 DM

Zusammenarbeit spricht, so zeigt sie nur, daß sie bei diesem Thema taktisch klüger vorgehen will.

Für die Volkspartei ist somit ihre Kontinuität gewahrt. Von einer neuen Politik kann nicht die Rede sein. Vielmehr verstärkt die neue Führung nur den bisherigen Kurs der Partei. Und der heißt: Erfüllungsgehilfe des Kapitals zu sein.

A. R.



Klassenjustiz in Österreich

Unter Klassenjustiz versteht man unter anderem, daß "Höhergestellte" milder beurteilt werden und vom Gericht zu niedrigeren Strafen verurteilt werden als Arbeiter und Angestellte. In Österreich gibt es angeblich längst keine Klassenjustiz mehr. Aber zwei Urteile, die am gleichen Tag in der Presse zu lesen waren, geben doch zu denken:

In dem einen Fall hat ein Universitätsprofessor mit seinem Auto, unter Mißachtung des Vorranges, einen Mopedfahrer verletzt und ein auf dem Sozius mitfahrendes Mädchen getötet. Urteil: Drei Monate Arrest oder Bezahlung einer Geldstrafe in der Höhe von 180.000 Schilling.

Eine Zeitung berichtet über eine Äußerung des Staatsanwaltes, also des Anklagevertreters, der sogar dem Herrn Univ.-Professor mit der Bemerkung: "Ein menschliches Versagen, wie es jedem von uns passieren kann" zu Hilfe eilte.

Der Herr Professor hat "natürlich" be-rufen.

Der zweite Fall: Ein Gastarbeiter, im Zorn darüber, daß zwei Straßenbahnzüge ohne anzuhalten davongefahren sind, hat, um "die letzte Blaue" zum Stehen zu bringen, einen Stein geworfen. Zu seinem Pech wurden zwei Scheiben zerbrochen. Urteil: Keine Geldstrafe, sondern drei Monate Arrest.



A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

Erscheint monatlich

das konzept

Redaktion: Pierre Freymüller, Ruedi Küng,
Rolf Nef, Beat Schweingruber
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich,
Tel.: (01) 47 75 30
Abonnemente: pro Jahr Fr. 15.-
(Ausland Fr. 18.-)
Inserate: Mose-Annoncen AG, Limmat-
quai 94, 8023 Zürich, Tel.: (01) 47 34 00

Die »Lebens-Schützer« groß in Form

Wer Geld hat, kann viel plakatieren und auch in Wahlzeiten Plakatflächen in Anspruch nehmen. Deshalb wird man seit Juli von den "Gewista"-Plakatwänden in riesigen Lettern aufmerksam gemacht: "LASST LEBEN LEBEN - SCHÜTZEN UND HELFEN - AKTION LEBEN". Womit natürlich nur das ungeborene Leben gemeint wird. Diese unpräzise Aussage hat scheinbar eine Ergänzung verlangt, und so konnte man bald Plakate mit folgendem Wortlaut sehen: "LASST LEBEN LEBEN - DURCH RICHTER UND GEFÄNGNIS - SCHÜTZEN UND HELFEN - AKTION LEBEN". Diese Präzisierung hat die feinfühligere "Aktion Leben" schwer getroffen und veranlaßt Anzeige gegen unbekannte Täter zu machen. Sie überklebte ihre Plakate mit folgendem Text: "WEHRT EUCH GEGEN LIEBLOSIGKEIT UND UNKENNTNIS, HELFT JENEN DIE NICHT UM HILFE SCHREIEN KÖNNEN". Die "Aktion Leben" hat wohl kaum gemeint, daß Frauen sich gegen die Lieblosigkeit und die Unkenntnis eines Großteils der Ärzte und Schwestern Österreichs, zu Wehr setzen sollen.

Die Vertreter der drei im Parlament vertretenen Parteien wurden in einem Fernsehinterview gefragt, warum sie beschlossen haben, die Frage der Fristenlösung aus dem Wahlkampf auszuklammern. Allgemein waren sie der Ansicht, daß ja jeder weiß, wie die einzelnen Parteien zu dieser Frage stehen, da darüber genügend im Justizausschuß gesprochen wurde. Nationalrat Hauser von der ÖVP hat jedoch zusätzlich darauf verwiesen, daß seine Partei, wenn man ihr die Möglichkeit gibt, die gesetzliche Regelung der Fristenlösung in eine Indikationslösung umwandeln wird. Außerdem würde ein zu erwartendes Volksbegehren sowieso eine neuerliche Debatte über dieses Thema notwendig machen.

Es ist also ein Irrtum zu glauben, daß die Gegner der Fristenlösung und Abtreibung sich zur Ruhe gesetzt haben.

Um die Geisteshaltung der Gegner der Abtreibung zu veranschaulichen,

einige Zitate aus der katholischen Zeitschrift "Der Rufer", Nr. 3, Mai 1975:

"... Wer kann behaupten, daß nach der Abtreibung und Kindertötung nicht Euthanasie, Ausmerzungen, Schwerkranker und Schwerstverunfallter, der Greise, die teuer kommen, auf uns zukommt? Die gesamte Gesellschaft wird ein Kraftfeld der Angst! ...

... Wir dürfen die Frage nach dem Leben nicht einschlafen lassen. Wir müssen hart fragen und hart antworten. Wir müssen Unruhe in die Gesellschaft hineintragen. Wir dürfen keinen innerlich zur Ruhe kommen lassen, der ja sagt zur Abtreibung, so oder so...

... Erschütternd waren die Enthüllungen darüber, was derzeit in Europa geschieht: wieviel gemordet wird, wie gemordet wird und wer...

... Nicht nur einzelne stehen auf - im Namen der Menschheit - gegen dieses riesige KZ der Ungeborenen, gegen das die KZ Hitlers zahlenmäßig harmlos sind, sondern ein ganzer Stand: die Ärzte in Europa besannen sich auf den Eid, den sie geleistet haben und sprechen nun ihr Nein gegen den Tod...

... die sich organisieren, um Widerstand zu leisten, auch hauptberuflichen Widerstand, weil sie wissen, daß es bei Übertretung der unwandelbaren Gesetze des Lebens um Sein und Nichtsein nicht nur der Ungeborenen, sondern auch der Länder und Europas geht...

... Jetzt geht es nicht mehr um die "Aktion Leben", obwohl sie notwendig war... Jetzt geht es um das Leben selbst...

... Die Last der Verantwortung liegt jetzt ganz offensichtlich bei den Ärzten und den Schwestern, die einiges aufs Spiel setzen, wenn sie vielen leichtsinnigen und einigen verzweifelten Frauen eine Hilfe leisten, die nicht zum Tod des Kindes führt. Von ihnen wird es abhängen, ob unser Volk verblutet oder nicht..."

Seht her, was sind das für "gute Menschen", die hier das "Leben" hochhalten, ohne den Besitzenden wehzutun.

Wie war doch bis vor kurzem noch alles so schön in Ordnung, solange es keine Fristenlösung gab. Nichts verängstigte die Menschen, jeder konnte ruhig schlafen und mußte sich um nichts sorgen. Es gab keine krankmachende Arbeit, kein mörderisches Arbeitstempo, keine Verkehrstoten und keine verblutenden Frauen. Keine Unterdrücker, keine profitorientierte Ärzteschaft. Und die Kriege und der Faschismus waren Kleinigkeiten.

Aber jetzt muß man Widerstand leisten gegen die "leichtsinnigen" Frauen, die "Europa in ein KZ" verwandeln. Das geht ja leicht, die braucht man nur bei "Engelmachern" verbluten lassen, mit Schmerzen bedrohen und sie peinlichst ausfragen. Da muß man keine Änderung des Gesellschaftssystems erkämpfen, da braucht man nur den Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht abzuerkennen.

Wenn man könnte, würde sicherlich zu "Hexenverbrennungen" Zuflucht gesucht.

O.M. ★

AUF

EINE FRAUENZEITSCHRIFT

Erscheint viermal jährlich / 2. Jahrgang
Heft 5 erscheint im Oktober

INHALT

Simone de Beauvoir spricht mit
Jean-Paul Sartre über Feminismus
Prostituierte kämpfen (Frankreich)
Geschichte der Prostitution
Krankenhausgeschichten

Bestellungen an:

AKTION UNABHÄNGIGER FRAUEN
Tendlergasse 6/1-2, A-1090 Wien

Einzelheft S 15,-

Abonnement S 56,-, DM 14,-, sfr 11,50
(inkl. Porto)

Tiroler Fremdenverkehrs- werbung

Kaum war die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in Helsinki abgeschlossen drohte in Europa wieder Friedhofs-
stille einzukehren. In Genf standen die Nobelhotels und andere Etablis-
sements wieder leer, in Helsinki blickte die Mitternachtssonne auf menschenleere Straßen, Lokale und Kongreßhallen. Da erwachte der Landesvater von Tirol und dachte sich, so kann es einfach nicht weitergehen. Nicht das Tirol unbedingt über schlechte Saison zu klagen hätte. Sind nicht gerade Olympische Spiele im Gang, kommen doch westdeutsche Unternehmer zahlreich auf Sommerfrische und versuchen unschwer ihr Geld loszuwerden, das zu investieren sie derzeit daheim unlustig sind. Das alles ist - aufgeteilt auf ein ganzes Jahr - zwar nicht schlecht. Aber was ist das schon gegen so ein Dauerspektakel wie in Genf oder gar gegen so eine Monsterpolitshow wie in Helsinki? Wie müssen sich die zwei Städte gesund gestoßen haben! Sollte da Tirol etwa zurückstehen? Mitnichten! - dachte sich der Landesvater dieses bemerkenswerten Fleckchens gesund erhaltengebliebener alpenländischer Ursubstanz. Schon einmal wandte sich die Öffentlichkeit des ganzen Landes und eines Großteils Europas dem Reich dieses Alpenkönigs zu, als er androhte, die Tiroler Schützen nach Osttirol zu entsenden, sollte jemand auf die Idee kommen, die Zugehörigkeit des östlichen Teils zum heiligen Kernland Österreichs anzuzweifeln. Und damals schon verzeichneten die Nüchternungen einen sprunghaften Zuwachs von Touristen, die aus allen Himmelsrichtungen angereist kamen, um dieses Original an politischer Prinzipienfestigkeit und kriegerischer Entschlossenheit inmitten einer Welt von Kompromißlern und Opportunisten aus der Nähe zu bewundern. Die Schützen marschierten aber dann doch nicht, weil der Feind gleich zurücksteckte, sondern böllerten von

den steilen Gebirgshängen in die friedliche Höhenluft, und so geriet das Land wieder in Vergessenheit. Im Jahr der Winterolympiade wurde zwar bereits das Symbol dieser Fremdenverkehrsattraktion allerorts präsentiert, ein getreues Abbild Tiroler Wesens und Erscheinung. Das Schneemännchen tat auch seine Wirkung, aber allein darauf war noch kein Verlaß: man mußte es zum Sprechen bringen, damit die Welt erfuhr, aus was für Holz oder Stein oder Plastik oder Eis es eigentlich geformt war. Und so entschloß sich das Landesväterchen an Schneemännchens Statt vorbild- und abbildhaft anzuheben: sollte das welsche Nachbarland, das garschtige, das die schönere Hälfte des heiligen Landes zu Unrecht okkupiert hält, sich vollends anschicken, kommunistisch zu werden, müsse das Land Südtirol wieder heim, weg vom reudigen Stiefel, und wenn es Schwierigkeiten geben sollte, dann gleich heim ins Reich mit dem ganzen Land Tirol, nach Bayern, zum Franz Josef Strauß, der sich inzwischen auch schon vom übrigen verkommenen Teil Deutschlands selbständig gemacht haben würde.

Die KSZE denkt, Tirol lenkt. Da

sollen sich Breschnew und Ford, Kissinger und Co. vorsehen! Festhalten an den nach 1945 festgehaltenen Grenzen? in Grenzen! Wenn nämlich alles beim Alten bleibt. Wird aber Italien kommunistisch, kommt Südtirol gleich zu Tirol, Tirol zu Bayern und Bayern wird erster europäischer Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika. Wer es nicht glaubt, soll doch selber nachprüfen, obs ernst gemeint ist. Auf nach Tirol, meine Herrschaften, Attraktionen, Sensationen unter der Himmelskuppel, Berge und Schneemännchen aller Art gibt es zu besichtigen. Und schlief über dieses Mordsdrum Fremdenverkehrseinfall befriedigt wieder ein.

Z.



**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



Portugal vor der Zerreißprobe

Seit dem Ausscheiden der PSP und PPD aus der Koalitionsregierung steht die Entwicklung in Portugal im Zeichen verschärfter Konfrontation und Polarisierung. Die heftigen antikommunistischen Ausschreitungen im Norden signalisieren eine Sammlung der reaktionären Kräfte. Die Bedeutung der portugiesischen Entwicklung für Europa, ihre völlig verzerrte Darstellung in den Massenmedien sollten Portugal zu einem Schwerpunkt linker Öffentlichkeitsarbeit werden lassen. Wegen der raschen Abfolge der Ereignisse ist es für eine Monatszeitung kaum möglich, über tagespolitische Probleme zu berichten. Es soll daher versucht werden, einige wesentliche Fragestellungen aufzuwerfen.

IST DIE SOZIALISTISCHE UMWÄLTUNG ÖKONOMISCH MÖGLICH?

Unter den historischen Parallelen, die sich trotz der weitgehenden Besonderheiten des portugiesischen Prozesses aufdrängen, ist jene, die das Verhalten der Sozialdemokratie betrifft, besonders frappierend. So sind z.B. die theoretischen Analysen, die bezüglich der "objektiven" Möglichkeiten einer sozialistischen Revolution in Portugal von der PS veröffentlicht werden, im wesentlichen kaum von dem zu unterscheiden, was die Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie 1918 und 1919 schrieben, um die österreichische Arbeiterklasse von einem "unüberlegten Abenteuer" abzuhalten: Die Abhängigkeit Österreichs vom Ausland wäre so groß, daß eine Revolution schon allein am wirtschaftlichen

Zusammenbruch scheitern müsse, der Lebensstandard würde unter das Existenzminimum sinken, eine Machtergreifung zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde alle Möglichkeiten der späteren erfolgreichen Durchführung einer Revolution versperren und so weiter.

Wenn man die Voraussetzungen akzeptiert, die die PS macht, scheint es allerdings fraglich, ob die historischen Ziele der Arbeiterklasse, die im Programm der portugiesischen Sozialisten im Unterschied zu Österreich noch aufscheinen, jemals erreicht werden können. Eine Revolution bedeutet immer eine Periode voller Opfer und Entbehrungen, die Aufgabe kann nur lauten, das Neue unter Vermeidung unnötiger Opfer zu schaffen.

Auch im Falle Portugals stimmt es wahrscheinlich, daß revolutionäre Veränderungen anfangs von einer einschneidenden Verringerung des Lebensstandards begleitet sein werden; schon heute kann die Aufrechterhaltung des labilen, importabhängigen ökonomischen Systems Portugals nur durch Raubbau an den noch vorhandenen Kapitalreserven gewährleistet werden. Der Wegfall der Kolonien und die zu erwartende Isolation würden bei Beibehaltung der heutigen Struktur zu einer unausweichlichen Krise führen, die auch durch "Produktionsschlachten" nicht zu vermeiden wäre.

In dieser Situation bleibt der einzig gangbare Weg der, daß die revolutionäre Dynamik die scheinbaren Grenzen überwindet: die der Wirtschaftsstruktur und die der Landesgrenzen. Die ökonomischen Programme der revolutionären Linken in Portugal zielen auf eine Änderung der Prioritäten in der Wirtschaft hin: Ziel ist die Schaffung der Voraussetzungen von Autonomie-Vorrang für die Entwicklung einer Landwirtschaft, die alle Grundbedürfnisse erfüllt und Zurückstellen allzu ehrgeiziger Industrialisierungsprojekte;



gleichzeitig Entwicklung der Organe der Volksmacht, um durch die praktische Möglichkeit der Basisdemokratie die Klassenallianz Arbeiter-Bauern-Kleinbourgeoisie zu festigen und den latenten und manifesten Antikommunismus der nichtproletarischen Schichten zurückzudrängen.

Gleichzeitig aber muß international gegen die Isolation Portugals gekämpft werden - im Zusammenhang mit den Perspektiven der revolutionären Kräfte in Südeuropa, aber auch im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Formen der internationalen Zusammenarbeit mit jenen Ländern der 3. Welt, in denen sich sozialrevolutionäre Kräfte durchgesetzt haben. Sollte das gelingen, dann würden die sozialdemokratischen Kassandrarufer Lügen gestraft.

FORMEN AUSLÄNDISCHER INTERVENTION

Eine direkte Intervention der Vereinigten Staaten ist wenig wahrscheinlich.

Dazu sitzt der Schock über die Niederlage in Indochina den meisten US-Politikern noch zu tief in den Knochen.

Auch würde ein gewaltsames Eingreifen der USA einen Rückschlag für die eigenen Entspannungsbemühungen bedeuten und könnte darüberhinaus eine revolutionäre Lawine in Spanien auslösen, die sich ihrerseits in schwer kalkulierbarem Ausmaß auf Staaten wie Italien und Frankreich - und damit die Stabilität des westlichen Systems überhaupt - auswirken würde.

Dennoch gibt es zahlreiche Wege, auf denen die USA (aber auch Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland) die Entwicklung in Portugal in ihnen genehme Bahnen zu lenken versuchen.

Neben ökonomischen Sabotageaktionen, wie sie Kapitalflucht, Investitionsstopp und dergleichen darstellen (nähere Information siehe Artikel: "Die ökonomische Situation Portugals"), neben den verschiedenen Formen politisch-diplomatischer Pressuren, neben der finanziellen Unterstützung antikommunistischer Parteien und bewaffneter rechter Grup-

pierungen (z.B. Spinolas "Befreiungsarmee" oder der ELP, die Hauptträgerin der antikommunistischen Ausschreitungen im Norden des Landes ist und die von Spanien aus operiert), gibt es auch weniger offene Methoden der Einflußnahme.

So berichtet z.B. ein kürzlich abgesprungener CIA-Agent namens Agee in den französischen Tageszeitungen "Liberation" und "Le Monde" vom 8. bzw. 9. August 1975 über den Aufbau eines CIA-Netzes in Portugal.

Die wichtigste Aufgabe sehe der CIA darin, in das MFA einzudringen, um Informationen zu sammeln und "Gemäßigte" zu gewinnen.

Weitere wichtige Tätigkeitsbereiche des CIA seien die Unterstützung reaktionärer Elemente und der Kirche mit Geld sowie die Durchführung von Mord- und Bombenanschlägen, die dann der Linken in die Schuhe geschoben werden sollen.

Die Ziele dieser heimlichen Aktivitäten kann man sich an den Fingern abzählen: Die PCP soll durch eine gut organisierte antikommunistische Kampagne isoliert werden; das Vertrauen der Bevölkerung in die MFA soll zerstört, letztere gespalten, ihr linker Flügel aus den wichtigsten Entscheidungsinstanzen verdrängt und durch sogenannte "Gemäßigte" ersetzt werden.

Für den Fall eines Scheiterns dieser Strategie, wie es sich nach Gründung des gemeinsamen provisorischen Sekretariats der Linken und der Ablösung von Goncalves durch den linken Admiral José Pinheiro de Azevedo (Stabschef der Marine), der die Einheit des MFA garantieren soll, abzeichnet, ist eine Eskalation der reaktionären Aktivitäten, die in den Ausbruch eines Bürgerkrieges münden könnte, nicht auszuschließen.

Besondere Beachtung verdient noch die Rolle der PS, deren Führung durch ihre Politik immer mehr zum Werkzeug und Sprachrohr des internationalen Kapitals wird und via Massenmedien erheblichen Einfluß auf breite Schichten der portugiesischen Bevölkerung ausübt.

Der Hauptrepräsentant dieser Politik, Soares, stößt aber auf zunehmende Kritik innerhalb der eigenen Reihen,

wovon auch der kürzlich in Evora erfolgte Austritt einer Gruppe linker Sozialisten aus der PS Zeugnis ablegt.

POLITISCHE STRÖMUNGEN

Im Gegensatz zum Verlauf vieler früherer Revolutionen sind die Träger revolutionärer Ansichten nicht bloß in politischen Parteien oder in basisorientierten Rätestrukturen organisiert. Die wahrscheinlich momentan vorwärtstreibendste Kraft ist in der Armee zu finden, im MFA. Obwohl sich im Heer und dem MFA verschiedenste politische Strömungen herauskristallisieren lassen, stellt das Heer noch immer eine Einheit dar, die sich aus den großteils parteiegoistisch motivierten Kämpfen zwischen PSP und PKP heraushält. Die Antunes-Gruppe kann nicht total mit der PSP gleichgesetzt werden. In ihrer programmatischen Stellungnahme ist auch eine Ablehnung klassischer sozialdemokratischer Politik zu finden. Weiters steht die PKP auch teilweise in einem Spannungsfeld zu Goncalves, obwohl sie sicher die entscheidende Kraft hinter dem früheren Ministerpräsidenten war. Da die links von der PKP stehenden Parteien recht vielfältige Ziele vertreten, kann die von Carvalho repräsentierte Tendenz nicht als eine strikt einheitliche Linie bezeichnet werden. In der augenblicklichen Situation ist es hauptsächlich dem MFA zu verdanken, daß weder sozialdemokratischer Reformismus und Antikommunismus, noch stalinistische Bevormundungspolitik der Dynamik in Portugal ausschließlich den Stempel aufdrücken. Das MFA ist wahrscheinlich nicht nur deshalb Kristallisationspunkt der Revolution, weil es die Hebel der Macht in der Hand hat, sondern weil es ihm gelungen ist, einerseits ein demokratisches Forum zur Austragung von politischen Gegensätzen zu sein und andererseits bis jetzt die Vielfalt der Meinungen nicht zu einer totalen Lähmung der Aktionsfähigkeit führt.



Die bürgerlichen Medien auf der ganzen Welt jammern über "Gleichschaltungstendenzen". Dieses Bild stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. In welchen westlichen Ländern wird in einer solchen offenen Form in den Massenmedien, in den Parlamenten, in den Betrieben, in den Gewerkschaften u. s. w. allen verschiedenen politischen Richtungen die Möglichkeit gegeben, ihre Ansichten zu vertreten, wie es jetzt in Portugal der Fall ist?

Wie in jeder Situation des gesellschaftlichen Umbruchs müssen die Parteien zumindest verbal Konzessionen an die Massenstimmungen machen. Die PSP hat drei verschiedene Gesichter. Im Ausland gibt sie sich sozialdemokratisch, im Norden Portugals zählt sie zu den Einpeitschern des Antikommunismus und im Süden des Landes und in den Städten streift sie sich ein revolutionäres Mäntelchen um. Sie will zuerst ein Klima der Ruhe und Ordnung schaffen, um dann mit verfassungsmäßigen Schritten schön langsam Schritt auf Schritt den Sozialismus zu errichten. In der Praxis laufen solche Vorstellungen sicherlich auf ein "gemischtes" kapitalistisches Wirtschaftssystem hinaus. In diesem Sinne bezeichnen wir die PSP als konterrevolutionär. Sie kanalisiert oft unklare, zweideutige sozialistische Bestrebungen der Massen in ein rein bürgerliches Fahrwasser. Im Vergleich zur SPÖ oder SPD ist die PSP bestimmt nicht rechter, in der aktuellen portugiesischen Situation aber ist sie der Hauptgarant für eine mögliche bürgerliche Restauration (in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland besitzt das System genügend andere ökonomische, ideologische und politische Stützen, so daß es in

diesen Fällen sinnlos wäre, die Sozialdemokratie zu einer Hauptgefahr heraufzubeschwören).

Bis vor kurzem versuchte die PKP nach bewährtem Muster zur staatstragenden Partei zu werden, schön langsam alle zivilen Machtpositionen zu erobern, die Massenbewegungen in ihren Griff zu bekommen und andere relevante Kräfte nicht politisch, sondern von oben her administrativ zu bekämpfen. Sie bot damit dem tief verwurzelten Antikommunismus einiger Schichten zusätzlich Munition und vertiefte bereits bestehende Spaltungen. Die letzten Ereignisse, die in ein gemeinsames Sekretariat der PKP mit links von ihr stehenden Parteien mündeten, lassen vermuten, daß die PKP teilweise von ihrer bevormundenden Politik abgeht und einen Ausgleich mit den autonomen Rätebewegungen und anderen revolutionären Strömungen sucht. An der Programmatik, an den Zielsetzungen und an der Politik der PKP sollte sicherlich viel kritisiert werden, im Vergleich zur PSP geht es dabei aber nicht um die prinzipielle Infragestellung der Revolution, sondern um verschiedene Vorstellungen von sozialistischer Entwicklung.

Wahrscheinlich können in keinem Land der Welt die links von der PKP stehenden Kräfte einen solchen Einfluß beanspruchen (gleich welcher Orientierung) wie in Portugal. Sie dominieren einige Sektionen der Gewerkschaften, sind führend tätig in vielen Basisorganisationen und reden ein gewichtiges Wort im MFA mit. Abgesehen von den Maoisten unterstützen sie kritisch die MFA und versuchen durch eine Forcierung von räteähnlichen Strukturen die direkte Einschaltung der Ar-

beiter- und Bauernschaft in die Dynamik zu gewährleisten und den noch bestehenden Resten eines bürgerlichen Staatsapparates die Autorität von Volksmachtorganen gegenüberzustellen und sie sukzessive durch diese zu ersetzen. Es gibt Ansätze von Rätestrukturen in Großbetrieben, in Wohnsiedlungen, in der landwirtschaftlichen Produktion und in Teilen des Heeres. Ihre Bedeutung wächst.

KLASSENSTRUKTUREN IN PORTUGAL

Mehr als ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung ist im Ausland, von den im Land befindlichen ist nur etwa die Hälfte lohnabhängig, dem Industrieproletariat ist gar nur ein Viertel der arbeitsfähigen portugiesischen Bevölkerung zuzuzählen. Das bedeutet, daß ca. 50% der Portugiesen Kleinbauern, Kleinhändler oder aus anderen Schichten des Mittelstandes und des Lumpenproletariats sind. Diese Struktur, die die Bündnispolitik der Linken vor entscheidende Aufgaben stellt, wird in ihrer Bedeutung noch gravierender, wenn man die Spaltung des Landes berücksichtigt.

Der Süden besteht hauptsächlich aus Großgrundbesitz mit einer starken antifaschistischen Tradition unter den Landarbeitern und einer entsprechend geringen Verankerung der Kirche.

Im Norden finden wir jene 30% Kleinbauern, die ein entscheidendes Potential für antikommunistische Mobilisierungen darstellen. Die Kirche übt einen ungebrochenen Einfluß aus (sie verwaltet z. B. einen Großteil der Schulen), ebenso ist die Verwaltung kaum von faschistischen Elementen gesäubert.

Die von der SP unter Soares initiierten antikommunistischen Hetzkampagnen, die wohl nur als Aufhänger gegen die stalinistische KP gerichtet sind, fielen hier auf fruchtbaren Boden. Faschistische Terrorbanden verwüsteten Parteizentralen der gesamten Linken und verhinderten die Auslieferung von linken Zeitungen (Soares über solche Ausschreitungen in Rio Major: "Das ist ein Beispiel, das in anderen Regionen befolgt werden kann!" - zitiert nach "O Seculo und "Journal de Commercio").

Informations- veranstaltungen über Portugal

Freitag, 19. September 1975, 19 Uhr

Freitag, 26. September 1975, 19 Uhr

Ort: 1090 Wien, Porzellangasse 33a/IV/4. Tel. 34 67 145

Die Aufhänger dieser Kampagne, die Fälle "Republica" und "Renascenta" zeigen selbst, wie vordergründig die Demagogie Soares' sich gegen die KP richtet, wenn er den revolutionären Prozeß selbst meint. Beide Konflikte wurden weder von der KP initiiert noch weitergeführt, es handelte sich viel eher um betriebsinterne Auseinandersetzungen. So sind in der Arbeiterkommission der "Republica" nur zwei KP-ler vertreten, die übrigen acht sind Repräsentanten anderer Linksgruppen und dementsprechend steht die neue, von den Arbeitern herausgegebene "Republica" der KP sehr kritisch gegenüber.

Dennoch ist die völlige Vernachlässigung des Nordens durch die Politik der KP (in ihrem Programm finden sich nur Forderungen nach teilweiser Enteignung des Großgrundbesitzes): Die Kleinbauern werden übergangen, ein Faktor, der die anti-kommunistische Hetze erleichtert hat. Hier setzen auch die revolutionären Linken und Teile des MFA an, die verstärkte staatliche Unterstützung auch der Kleinbauern und deren Zusammenarbeit in Kooperativen fordern.

KÖNNEN WIR MEHR TUN ALS DAUMENHALTEN?

Zunächst gibt es unter anderem an Hand von exemplarischen Beispielen, an denen sich die jetzige Krise (wenigstens nach außen hin) entzündet hat (Republica, Renascenta), die verzerrte und verschleierte Berichterstattung unserer Massenmedien bloßzulegen.

Weiters stellt sich uns die Aufgabe, die Erfahrungen, die das portugiesische Volk bis zu diesem Stadium der Revolution gesammelt hat, theoretisch zu verarbeiten.

Diese Bewältigung ist umso vordringlicher, als sich in Portugal die konkreten Fragestellungen und Aufgaben der revolutionären Umwälzung einer, wenn auch relativ rückständigen kapitalistischen Gesellschaft konkreter als je zuvor zeigen - und noch dazu fast vor unserer Haustür!

Ferner ist die Haltung der SPÖ zu den Vorgängen in Portugal ein nicht unwesentlicher Anhaltspunkt, um solche Elemente wie Klassenkollabo-

ration und Vertretung von Kapitalinteressen als für die Politik der österreichischen Sozialdemokratie bestimmd, aufzuzeigen.

Bisher wurde in Österreich in den oben genannten Punkten kaum Öffentlichkeitsarbeit geleistet.

Von den Maoisten, von deren Namenstvettern in Portugal sich sogar manche an gegen KP-Lokale gerichteten Ausschreitungen beteiligt haben sollen (MRPP), ist eine Änderung nicht zu erwarten.

Aber auch die Troztkisten scheinen den Vorgängen in Portugal im Augenblick nicht die Bedeutung beizumessen, die eine breite Aufklärungskampagne rechtfertigen würde.

Unsere bisherige politische Ausrichtung erlaubt uns von allen linken Gruppen in Österreich am ehesten die Identifikation mit jenen revolutionären Kräften Portugals, die sich kürzlich zum Zweck der Bekämpfung des Faschismus in einem gemeinsamen Sekretariat zusammengeschlossen haben und das Schwergewicht ihrer Politik in der Unterstützung von Basis-

aktivitäten sehen (MES, LUAR, PRP/BR, FSP, LCI, MDP/CDE).

Die Solidaritätsarbeit mit den Linken Portugals (Veranstaltungen, Broschüre) sollte daher einen Schwerpunkt für unsere politische Arbeit in den kommenden Wochen bilden.

Unsere Solidarität gilt - bei aller Kritik an den sektierischen und stalinistischen Elementen in ihrer Politik - auch der PC, weil wir glauben, daß es notwendig ist, eine Unterscheidung zu treffen zwischen jenen Kräften, die sich aktiv an der revolutionären Umwälzung beteiligen, und allen anderen, die diesem Prozeß feindlich gegenüberstehen.

In dieser Phase, in der die Offensive der Reaktion den revolutionären Prozeß ins Stocken gebracht hat, zeigt uns die Linke Portugals, daß nicht Defätismus am Platz, sondern Einheit notwendig ist, um ein Gegengewicht gegen die Reaktion und ihre Machenschaften zu schaffen.

Hermann Klosius, Kurt Langbein, Franz J. Nahrada, Hans Steiner



links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links“ ist illusionslos, undogmatisch — eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.50.

Bezugspreis, jährlich, DM 18.— DM 3.— Versandkosten

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Sprachrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

Einzelpreis DM 1.—

Bezugspreis, jährlich, DM 14.— + 3.— Versandkosten

Probeexemplare anfordern bzw. Abonnementsbestellung bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Ökonomische Situation Portugals

Die ökonomische Situation Portugals verschlechtert sich von Tag zu Tag, und diese Entwicklung gefährdet auch die Einheit und Dynamik des "subjektiven Faktors" der portugiesischen Revolution.

Die Zeichen sind nicht zu übersehen und die bürgerliche Presse frohlockt über die Oberflächenerscheinungen, während sie diskret die tieferen Gründe verschweigt.

Tatsächlich ist das Zahlungsbilanzdefizit allein im ersten Drittel 1975 um 11 Mrd. Escudos (ca. 7 Mrd. \$) gestiegen, die Inflationsrate kletterte 1974 auf 30%, Devisen- und Goldreserven sinken, 10% der arbeitsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos, wenn man von den 1,4 Millionen Arbeitsemigranten absieht.

Die Produktion von Land- und Forstwirtschaft und Fischerei ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen, Kapitalflucht, Einfrieren von Investitionen und Massenentlassungen lassen sich trotz gegenteiliger Bemühungen der Regierung nicht verhindern.

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Was sind nun die Ursachen für diese Entwicklung?

Einerseits natürlich das Weiterwirken jener Faktoren, die den Sturz des Regimes Caetano miterleichtert hatten: Ausrichtung der Wirtschaft auf die Kolonien, der technologische Rückstand der Industrie, die ungünstige Struktur der Landwirtschaft etc..

Für die Caetano-Diktatur war die Erhaltung der Kolonien lebensnotwendig, einmal als Absatzgebiet für die international nicht sehr konkurrenzfähige Industrie, als Lieferant für billige Rohstoffe, als Devisenbringer für verkaufte Rohstoffe - was die defizitäre Handelsbilanz des Mutterlandes einigermaßen auszugleichen vermochte - und als Reservoir zur Aufnahme überschüssiger Arbeitskräfte.

All das fällt jetzt weg, und der von der siegreichen Kapitalfraktion angestrebte Status als EG-Randzone natürlich auch.

Was bleibt, sind riesige strukturelle Schwierigkeiten: Portugal braucht das Ausland, schon um nicht zu verhungern: Mehr als 50% der Konsumgüter

werden eingeführt. 1974 kostete allein der Kauf der fünf wichtigsten Nahrungsmittel dem Land 11,6 Milliarden Escudos. Portugal importiert 45% seines Getreides (vor allem Weizen und Mais), 25% des Rindfleisches, 100% seines Zuckers.

Was das heißt, kann man daran sehen, daß der Preis für 1 kg Importzucker von 4,40 Escudos Ende 1973 auf 19,20 Escudos im ersten Drittel 1975 gestiegen ist. Aber die Lebensmittel sind nicht alles: Auch die Importe von Produktionsmitteln und Rohstoffen sind von enormer Wichtigkeit. Um sich davon eine Vorstellung zu machen, genügt es zu wissen, daß Portugal 100% seines Erdöls, 40% seines Eisenerzes sowie 100% der Baumwolle und 53% der Wolle importiert, die die Base der wichtigen Textilindustrie des Landes bilden.

EXPORTE UND INVESTITIONEN

Diese Importabhängigkeit vom Ausland wird durch Exportabhängigkeit verschärft. Die USA und Westeuropa repräsentieren 70% des portugiesischen Absatzmarktes; vor allem die BRD, aber auch die USA, Großbritannien und Frankreich stellen den Hauptanteil der ausländischen Investitionen in Portugal und entscheiden so über Leben und Tod vieler portugiesischer Unternehmen. Daß vor allem wachstumssträchtige Branchen von dieser Abhängigkeit betroffen sind, macht das mögliche Ausbleiben der (gerade in den letzten Jahren vor dem Sturz des Caetano-Regimes explosionsartig angewachsenen) Investitionen zum wesentlichsten Problem der portugiesischen Wirtschaft. Die Waffe, die diesen Ländern in die Hand gegeben ist, wird von diesen natürlich weidlich ausgenutzt: Seit dem 25. April 1974 wurde keine der vorgesehenen ausländischen Investitionen realisiert! Wie durch Zufall sind die Preise für Kunstdünger, den die Portugiesen importieren müssen, ins Astronomische gestiegen, Großbritannien begrenzt die Einfuhr portugiesischer Textilien und von Portwein und die EG verlangt für die Gewährung von Krediten die Unantastbarkeit der Investitionen westlicher "Demokratien". Eigenartig, daß die faschistischen Regime vom noblen Europa nicht ebenso "demokratisch" überwacht werden! !

TOURISMUS UND ARBEITSEMIGRATION

Die bürgerlichen Medien und ihre Greuelpropaganda tragen ein Zusätzliches dazu bei, daß die portugiesische Ökonomie sich nicht erholt. Nicht nur, daß der für das Land äußerst wichtige Tourismus schwere Einbußen erlitt, auch die ebenso wichtigen Überweisungen der Arbeitsemigranten, die zu Spitzenzeiten weit über eine Milliarde Dollar/Jahr erreichten, lassen nach, wobei allerdings auch die Inflationsrate in Portugal eine gewisse Rolle spielt. Allerdings verläßt sich das europäische Finanzkapital nicht auf diesen "massenpsychologischen Effekt", sondern greift zu aktiven Maßnahmen: Der Escudo wird weitgehend nicht mehr gehandelt und die Überweisung von Beträgen nach Portugal ist "derzeit nicht möglich".

WIRTSCHAFTSSABOTAGE

Zu diesen Problemen äußerer Abhängigkeit kommt die Aktivität des Klassenfeindes im Inneren: ökonomische Sabotage von seiten der Unternehmer auf die unsaubere (Maschinen verschwinden, Fixes Kapital wird zerstört) oder auf die "saubere" (fahrlässige Krida, Schmuggel von Geld ins Ausland) Art.

Am ärgsten treiben's manche Multis, wobei die Palette der Maßnahmen die phantasievollsten Gemüter beeindruckt: So erhöhte ein amerikanischer Elektrokonzern die Löhne seines kleinen portugiesischen Zweigwerks um 300%, um die Unzufriedenheit der Arbeiter in dieser Region so anzustacheln, damit diese durch unerfüllbare Forderungen die Wirtschaft lahmlegen.

Faschistische Milizen greifen besetzte Betriebe an und zerstören die Maschinen und Lohnauszahlungen werden einfach "vergessen".

Aber obwohl die ausländischen Interventionen und die unzähligen Sabotageakte noch im Amt befindlicher faschistischer Beamter und anderer intakter Strukturen der Reaktion, die Situation sehr ernst machen, ist ein zusätzlicher Faktor das Fehlen einer einheitlichen ökonomischen Konzeption. In dieser Hinsicht bedeutet die taktische Aktionseinheit von PKP und revolutionärer Linker möglicherweise einen Fortschritt.



Der bürgerliche Rechtsstaat

am Beispiel der „Roten Armee-Fraktion“ (RAF)

Wir haben schon mehrfach in dieser Zeitung zur Problematik des Terrors Stellung genommen; wir haben auf das entschiedenste die Kamikazeaktionen von Gruppierungen verurteilt, die weit außerhalb der Arbeiterbewegung und ihren Traditionen stehen und sich mit ihren Aktionen noch stärker isolieren, als dies vorher der Fall war; wir haben auf die Schäden hingewiesen, die diese Leute für die revolutionäre Linke, ja für die Arbeiterbewegung, bedeuten. Eines aber läßt sich heute, zwei Monate nach Beginn der Hauptverhandlung gegen die Exponenten der RAF sagen: Ihre Strategie ist aufgegangen, freilich anders, als sie es im Sinne hatten. Der bürgerliche Rechtsstaat, provoziert, verzerrt seine liberale Maske zu einem faschistoiden Antlitz. Die Geschehnisse rund um die politischen Prozesse, die gegenwärtig gegen die inhaftierten RAF-ler laufen, haben praktisch gezeigt, was theoretisch zum Allgemeingut jedes Linken gehört: Daß der bürgerliche Staatsapparat, gleichgültig, welche konkrete Gestalt er gerade hat, ein Klassenstaat ist; daß er seine Glaubwürdigkeit als Rechtsstaat jederzeit zynisch zurückzustellen bereit ist, wenn es um politische Prozesse geht.

DIE RAF - VERTEIDIGUNG UND DEREN VERFOLGUNG

Seit 1973, wo die ersten größeren Erfolge der bundesdeutschen Exekutive gegen die RAF-Leute einsetzten, begann parallel dazu eine Doppelstrategie der Medien im Verein mit der Bundesanwaltschaft: Zum einen sollten die RAF-Leute mit allen Mitteln an den Pranger gestellt und als Opferlamm auf dem Altar der Krise dargebracht werden; und dies natürlich mit der vollen "Billigung" der "öffentlichen Meinung", die freilich nicht nur auf die Hetztiraden der bürgerlichen Medien auf die Linke im allgemeinen und auf die RAF-ler im besonderen zurückzuführen ist, sondern auch auf das, was jene

ihre Strategie nannten. Zum zweiten aber - und das war der wichtigere Teil des Ganzen - sollte die gesamte Opposition gegen das System, sogar liberale Detailkritiker damit diffamiert werden. Die beiden Momente waren eng miteinander verknüpft: Jeder Akt der Behörde gegenüber den inhaftierten Häftlingen mag ein Schritt der Willkür des jeweiligen Gefangenenhauses gewesen sein. In ihrer Summe aber forderten sie seine "liberale" Öffentlichkeit oder - und dies war selbstverständlich - die Linke zum Protest heraus. Und die konnte dann im Gegenzug in den Medien als die "geistigen Wegbereiter" diffamiert werden. Beispiele für diesen Prozeß finden sich von allem Anfang an. Man denke etwa an die Kampagne gegen den liberalen Schriftsteller Heinrich Böll, der in seinem Artikel "Freies Geleit für Ulrike" gefordert hatte. Das letzte Opfer dieses Prozesses wurden die eigenen Anwälte. Die behördliche Doppelstrategie muß man immer vor Augen haben, wenn man die jüngsten Ereignisse in den Griff bekommen will.

Bis zum Justizmord an Holger Meins, zu dem wir in "offensiv links" Nr. 9/40 schon Stellung genommen haben, können wir nur detaillierter zurückgehen. Gerade seit dem Hungerstreik der RAF-ler in den Zellen gegen die Isolationsfolter in den deutschen Gefängnissen hat nun ein Eskalierungsprozeß eingesetzt, der genau in die Logik der Behörden paßt. Was der RAF in ihren Kommandoaktionen nicht gelungen war, gelang ihr nun aus der Defensive: Die Öffentlichkeit, und nicht nur die linke, stellte sich hinter die Forderungen der RAF; in Befolgung ihrer Anwaltspflichten informierten die Anwälte die Bevölkerung. Und gegen die Anwälte konnte daraufhin der Stein ins Rollen gebracht werden, der in einem minutiösen Plan im Zusammenspiel aller öffentlichen Stellen den Rechtsstaat von einem quasi-liberalen zu einem autoritären umformt, zumindest auf

der Ebene (politischer) Strafverfolgung.

Dies zeigte sich zunächst auf der Ebene der Strafverteidiger, die in entscheidenden Rechten eingeengt wurden. Ende letzten Jahres wurde schon die kollektive Verteidigung mehrerer Angeklagter durch den gleichen Anwalt gesetzlich untersagt. Im Eilverfahren wurden Gesetzesvorschriften eingefügt, die den Ausschluß von Verteidigern ermöglichen, wenn sie auch nur in dem Verdacht stehen, die "Ordnung" in Strafanstalten zu gefährden. Schließlich wurde dieser Ausschluß auch für den Verdacht auf Unterstützung krimineller Aktionen ausgeweitet. Im Juni 1975 schließlich wurden die RAF-Verteidiger Croissant und Stroebele verhaftet. Neben den bisherigen Behinderungen der Anwälte durch die Justizbehörden war nun der offene Terror gegen sie zur Methode geworden.

Freilich, die Aktionen, die jetzt zur Unterstützung der Anwälte laufen, haben eine breite Solidarität von internationalen Anwaltsvereinigungen, humanistischen Gesellschaften und der "liberalen" Öffentlichkeit hinter sich. Diese Solidarität ist aber unzureichend. Sinnvoll ist sie nur, wenn der Zusammenhang mit den Formierungsprozessen des Staates zum autoritären Rechtsstaat gesehen werden. Ohne "Notstandsgesetzgebung", staatliche Lohnpolitik (offiziös) durch Friedenspolitik der Gewerkschaften, Hochschulgesetzgebung, Berufsverbote im Öffentlichen Dienst u.dgl.m. zu sehen, wird die Solidarität mit den politischen Gefangenen zu einer verbalen Pflichtübung, die entpolitisiert. Nur im Zusammenhang kann der öffentliche Terror richtig verstanden und bekämpft werden, der über die "Sondergesetzgebung" bis zur Anwendung von noch nicht in Kraft seienden Strafprozeßordnungen durch den Richter, gehen.

R. P.



internationale nachrichten

Angola:

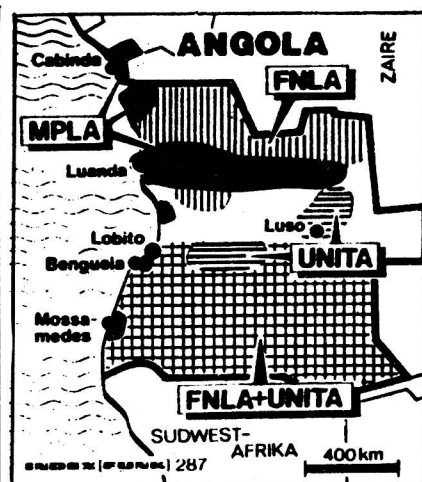
Der Bürgerkrieg ist da

In Guinea-Bissau, auf den Kapverden und in Mozambique haben es die Portugiesen geschafft, ihr koloniales Erbe so zu hinterlassen, daß ihre Nachfolger, die diversen Befreiungsbewegungen einen geordneten, wenn auch schwierigen Anfang zur Neugestaltung der Länder setzen können.

Im reichsten und größten Land der ehemaligen Kolonien, in Angola, waren die Voraussetzungen vor allem innenpolitisch von vornherein weit aus komplizierter. Drei miteinander rivalisierende Befreiungsbewegungen stritten sich gestern noch um die Führung des Befreiungskrieges gegen die Kolonialtruppen Portugals, heute ist bereits der von ihnen entfesselte Bürgerkrieg im Gange um die Vorherrschaft und Führung im ganzen Land. Vergebens waren die Bemühungen des MFA und der portugiesischen Außenminister von Soares bis Antunes. Vergebens die Friedenskonferenz in Mombasa unter der Leitung Kenyatas, vergebens der Versuch, eine gemeinsame Übergangsregierung zu bilden. Diese von allen drei Befreiungsbewegungen und von der portugiesischen Nachkolonialverwaltung beschickte Regierung in Luanda, der Hauptstadt des Landes, hatte ohnedies nur symbolischen Stellenwert. Der an Zaïre grenzende Nordwesten des Landes stand und steht unter fester Kontrolle der prowestlichen FNLA, die vom Schwiegersohn Mobutus, Holden Roberto befehligt wird.

Die Praktiken der FNLA wurden ersichtlich, als sie von der unter der ideologischen Führung des Marxisten Augustino Neto stehenden MPLA aus der Hauptstadt vertrieben wurde: halb einbetonierte verstümmelte und zerhackte Leichen, Folterkammern und derlei Dinge kamen in den FNLA-Häusern ans Tageslicht. Nachdem nun die dritte Befreiungsbewegung, die Unita unter der Führung Jonas Sawimbis, sich an die Seite der FNLA geschlagen hat (die Unita kontrolliert Gebiete im Südosten des Landes, der an Südwestafrika angrenzt, ist die militärische Situation für die unter den drei Befreiungsbewegungen angesehenste und politisch zuverlässigste, die MPLA trotz unverhohlener Sympathien seitens der Portugiesen problematisch geworden. Die Vorstellungen der FNLA, die sowohl von den USA über Zaïre als auch von der VRC hina Unterstützung erhält, bezüglich der Zukunft des Landes laufen parallel zur Politik, die Mobutu gemeinsam mit den multinationalen Konzernen in seinem Land schon seit Jahr und Tag betreibt: eine großangelegte Ausbeutung der Bodenschätze des Landes durch das starke Auslandskapital sollte eine beschleunigte technologische Entwicklung des Landes unter der Herrschaft einer aus FNLA und Unita sich bildenden Kompradorenbourgeoisie garantieren.

Inzwischen macht sich in der durch die Kongomündung von Angola getrennten ölfreien Enklave die vierte Befreiungsfront, die FLEC von Cabinda den Bürgerkrieg zunutze und hat bereits die Unabhängigkeit Cabindas ausgerufen.



In dieser tragischen und total verfahrenen innenpolitischen Situation fällt den portugiesischen Truppen und dem früheren "Mutterland" eine entscheidende Rolle zu: die Unabhängigkeit des Landes zu sichern, zwischen den rivalisierenden Befreiungsbewegungen zu vermitteln, ausländische Einmischung zu verhindern, stellt an das mit genug eigenen Problemen ringende MFA, die führende Kraft Portugals, eine Belastung, vor der die Probleme des Kolonialkrieges verblasen. Ein Rückzug nach der Evakuierung der portugiesischen Flüchtlinge aus dem Land käme der Resignation und der Kapitulation vor den im Hintergrund lauenden neokolonialistischen Interessen gleich, denen die MPLA allein nicht gewachsen sein dürfte. Der Stichtag ist der 11. November, an dem ursprünglich die letzten portugiesischen Truppen das Land verlassen sollten.

Z.



BRD: Tarifierhöhungen und die Linke

In zahlreichen Städten der BRD werden gegenwärtig die Fahrpreise für die öffentlichen Nahverkehrsmittel erhöht oder ihre Erhöhung steht kurz vor der Tür. Die Ursache: ständig steigende Verschuldung der Kommunen.

Waren im Zeitraum 1950 bis 1955 die Einnahmen noch um 16% höher als die Ausgaben, so sank dieser

Überschuß schon 1968 gegen Null, um dann im Zeitraum 1970 bis 1975 durchschnittlich um 3% geringer auszufallen als die Ausgaben. Die Folge: um die ständig steigenden kommunalen Defizite abzudecken, werden in mittlerweile regelmäßigen Abständen die Preise für Strom, Wasser, Gas, Straßenreinigung, Müll, öffentliche Nahverkehrsmittel etc.

angehoben. Daß dies eine Schraube ohne Ende ist, geben selbst die Kommunalpolitiker zu, denn einmalige Preiserhöhungen können die ständig steigende Verschuldung nicht abdecken.

Die gesamte Organisation und Struktur des Nahverkehrs ist im Interesse der Unternehmer ausgerichtet und geplant. In den fast unbewohnbaren Stadtkernen, wo sich Geschäfte und Büros konzentrieren, sind die Linien netze dicht. In den Außenbezirken und Wohnvierteln sind dagegen die Bus- und Bahnverbindungen völlig unzureichend. Zu den großen Werken an den Stadträndern führen extra ausgebaute Schienennetze mit dichter Linienfolge, zu den Erholungsgebieten gibt es oft gar keine Verbindungen.

Reiht man die Fahrpreiserhöhungen ein in die von Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit gekennzeichnete wirtschaftliche Situation und den jetzt von den Bonner Parteien geplanten umfassenden Abbau sozialer Errungenschaften (z.B. die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall sollen gekürzt werden), dann wird ihr Stellenwert deutlich: sie sind ein Teil eines massiven Angriffs des Kapitals gegen die Arbeiterklasse.

In allen Städten, wo Fahrpreiserhöhungen anstanden oder geplant sind, haben sich Fahrpreiskomitees gebildet. In einigen Städten, z.B. in Heidelberg und Hannover sind die Kämpfe bereits zu Ende. In Heidelberg kam es zu riesigen Strassenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten. Bei einer der vielen Demonstrationen in Hannover hatten sich die Polizisten so aufgestellt, "daß die Demonstranten ein kurzes Stück auf die Schienen der Straßenbahn gelenkt werden. Das widerspricht der polizeilichen Auflage... Einsatzbefehl: Knüppel frei!... berittene Polizisten preschen hinein. Das Wasser der Wasserwerfer ist mit Tränengas vermischt. Polizisten tragen ein neues Produkt der US-Waffenschmiede Smith & Wesson: Es sieht aus wie eine Pistole ohne Lauf, versprüht den Giftstoff Chloracetonphenon und heißt "chemische Keule". "Wen die Keule trifft, der geht wie vom Schlag gerührt zu Boden, dessen Schleimhäute sind sofort gereizt, die Augen tränen, brennen, schwel-

len an, es folgen Brechreiz und depressives Unwohlsein... Ein Gefotfener stand in Gefahr zu erblinden." ("Konkret" Nr. 6, Juni 1975)

In anderen Städten sind die Aktionen noch im Gange oder sind noch zu erwarten. Bisher kann festgestellt werden:

1. In den meisten Fällen kam es zu Aktionseinheiten mit der Linken, die den Kampf mit der Forderung "keine Fahrpreiserhöhung" geführt haben oder zu führen versuchten. Bezüglich des Defizits der Nahverkehrsbetriebe wurde meist gefordert: "Bezahlung des Defizits aus Unternehmerngewinnen".
2. Über diese Aktionseinheitsplattform hinaus wurden weitergehende Forderungen propagiert: "Im Nahverkehr Nulltarif" und "Fahrzeit ist Arbeitszeit", also Fahrtzeit bezahlt als Arbeitszeit von den Unternehmern.
3. Die Fahrpreiserhöhungen in den allgemeinen Zusammenhang der Inflation und des Sozialabbaues zu stellen und die Kampfbasis auf die Betriebe und die Gewerkschaften auszudehnen, wurde meist nicht erreicht.
4. In bezug auf die einzelne einzuschlagende Taktik bei solchen Kämpfen läßt sich kaum verallgemeinerndes feststellen. Einerseits ist es falsch zu glauben, bei schwacher Mobilisierung die Fahrpreiskampagne zur Machtfrage auf lokaler Ebene machen zu können (so in einigen Fällen die Politik des KBW - Kommunistischer Bund Westdeutschlands), andererseits wäre es ebenso falsch, militante Aktionen wie z.B. Straßenbahnblockaden nur deshalb abzulehnen, weil die Kollegen aus den Betrieben nicht mobilisiert sind.
5. Die Kommunalpolitiker haben aus vergangenen Kämpfen gelernt - meist mehr als die Linken. In keiner Stadt war bisher die Anwendung schon praktizierter und teilweise mit Erfolg praktizierter Taktiken erneut mit Erfolg möglich. Weder Rot-Punkt-Aktionen

oder Schwarzfahrer Kampagnen noch Schienenblockaden führten zum Erfolg.

KÖLN:

Kurz nach den Kommunalwahlen im Mai fühlte sich der von SPD und FDP geführte Kölner Stadtrat sicher genug, drastische Fahrpreiserhöhungen (durchwegs 50%) zu beschließen. Bis kurz vor der entscheidenden Ratssitzung drang nichts in die Öffentlichkeit. Im Nachhinein mußte zugegeben werden, daß die vorbereiteten Pläne schon vor der Wahl in den Schubladen gelegen hatten. Der Termin für die Preiserhöhungen wurde mitten in die Sommerferien gelegt, Stadtrat und Verwaltung erklärten auch warum: Universitäten und Schulen sind geschlossen, viele Betriebe haben Werksferien, es gibt kaum eine Basis für die Mobilisierung eines Widerstandes. Ihre Angst vor Widerstand und vor allem

vor Aktivitäten der Gewerkschaften war größer als ihr Bemühen, das Mäntelchen der bürgernahen Politik unbeschädigt zu lassen. - Bei der letzten Preiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr von Köln konnte auf Druck der Gewerkschaft die Erhöhung für die Berufstätigenkarten stark gemildert werden.

Innerhalb der Kölner Linken waren aber über diverse Kanäle Umfang und Datum der Fahrpreiserhöhung schon lange bekannt. Einige Initiativen, die schon langfristig eine Kampagne gegen die Fahrpreiserhöhung vorbereiten wollten, kamen nicht recht voran. Ihre Arbeit ging immer wieder in Plattformdiskussionen und Organisationsgerangel unter.

Kurz vor der entscheidenden Ratssitzung kam dann auf Initiative des KBW ein Bündnis zustande. Auf der Basis der Forderung "keine Fahrpreiserhöhung" war man anfangs bemüht, eine breitest mögliche Mobilisierung zu gewährleisten. Der KBW stellte zusehends den Kampf gegen den Stadtrat in den Vordergrund und an dieser Frage spalteten sich die Aktionen.



Letztlich kamen in Köln vier Demonstrationen zustande. Eine am Tag vor der Ratssitzung, getragen vom DKP mit Beteiligung der "revolutionären Aktionseinheit", außer dem KBW. Am Tag der Ratssitzung fand eine Demonstration des "revolutionären Bündnisses" statt, die von der Polizei regelrecht überfallen und mit Knüppeln, Fäusten und Fußtritten auseinandergejagt wurde. In der Woche darauf kam es zu zwei kleineren Demonstrationen, eine des "revolutionären Fahrpreisbündnisses" und eine vom KBW.

Keine Demonstration hat über das bekannte Potential der Organisationen hinaus mobilisiert. Insgesamt waren die Aktivitäten gegen die Preiserhöhungen bei den Verkehrsbetrieben eine Demonstration der Schwäche.

STUTTGART:

Am 1. August wurde in Stuttgart die Straßenbahn teurer. Vor allem die Preise für Einzel- und Sammelfahrscheine stiegen (durchschnittlich um 20%). Nur drei Monate nach der Kommunalwahl fiel der Termin für die Tarifierhöhungen zufällig in die Schul- und Semesterferien. Keine der Parteien hat im Wahlkampf auf notwendige Preiserhöhungen bei den kommunalen Unternehmen hingewiesen. Die Tarifierhöhungen bei der Stuttgarter Straßenbahn (SSB) kommen schon seit Jahren so sicher, wie das Amen im Gebet. Die letzte fand 1972 statt, eine weitere ist für 1976 schon versprochen.

In der Stuttgarter Stadtkasse klafft ein katastrophales Loch: 60-80 Millionen DM wird die Stadt in diesem Jahr weniger einnehmen als ursprünglich angenommen. Der geniale Gemeinderat weiß auch schon, wie er aus dieser Finanzkrise herauskommen will: Alles, was die Stadt an Dienstleistungen anzubieten hat, soll teurer werden: Kindergärten (gleich um 60%), Kindertagesstätten, Mütterwohnheime, die Pflegesätze der Krankenhäuser, die Hallen-, Frei- und Heilbäder, die Gebühren für die

Müllbeseitigung. Auch die Technischen Werke Stuttgart (TWS) haben eine weitere Erhöhung des Strompreises für den Herbst angekündigt. Die Tarifierhöhungen bei der SSB sind also nur ein Teil eines ganzen Paketes von Preissteigerungen.

Schon im Mai entstand ein Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen. Fast alle linken Organisationen erschienen. Die DKP trat angesichts der KPD (Rote Fahne - Maoisten) aus dem Komitee gleich wieder aus.

Nach anfänglicher Arbeit (Diskussion einer politischen Plattform, Flugblättern, Informationsständen und der Initiierung von Stadtteilen-Komitees) kam das Komitee in eine Krise. Dies hatte verschiedene Gründe: eine Reihe von Organisationen ging davon aus, daß begrenzte Fahrpreiskämpfe angesichts der Preiserhöhung aller kommunalen Dienstleistungen keine reale politische Perspektive darstellen. Die KPD (RF) kam aber gerade mit den inzwischen stumpf gewordenen Waffen: Straßenbahnblockaden, Rathaus-Goinns, etc. Die KPD (RF) versuchte mit allen Mitteln, ihre Auffassung im Komitee durchzusetzen. Das Ergebnis: Eine Organisation nach der anderen verließ das Komitee, übrig blieb die KPD (RF).

In der Folge veranstaltete sie Mini-demonstrationen mit Miniblockaden; die Polizei hatte leichtes Spiel, die Demonstranten auseinanderzujagen.

BERLIN:

Für den Herbst plant die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) saftige Tarifierhöhungen. Berliner Linke scheinen aus dem bundesweiten Fahrpreiskämpfen gelernt zu haben. In den Sommermonaten wurden Flugblätter verteilt, die auf die kommenden Tarifierhöhungen hinwiesen. Damit verbunden wurden zehntausende BVG-Fahrscheine unter der Bevölkerung verteilt. Diese Fahrscheine wurden selbst gedruckt und sind von den normalen BVG-Fahrscheinen nicht zu unterscheiden. Diese Aktion stürzte die BVG und die Stadtverwaltung in große Verwirrung. Einerseits weisen sie darauf hin, daß schon tausende Fahrscheine bei der BVG und der Polizei abgegeben wurden, andererseits warnen sie die Bevölkerung vor der Benützung der falschen Fahrscheine und drohen mit Betrugsanzeigen. Die Ermittlungen der Polizei führten zu keinem Ergebnis.

W. M. und J. M. ★



Chile: Das zweite Jahr nach dem Putsch

In regelmäßigen Abständen registrierten wir in den vergangenen zwei Jahren die Vorgänge in Chile seit dem blutigen Militärputsch am 11. September 1973. Worüber zu berichten war, war schon fast stereotyp das gleiche: Festnahmen, Verschleppungen, Folterungen, Todesfälle, Hinrichtungen ohne Ende. Die Repression nahm nicht ab, sie wurde nur wohlüberlegt und dosiert als vermeintliches Gegenmittel eingesetzt, jedesmal, wenn sich die wirtschaftliche Situation des Landes wieder ein Stück verschlechterte.

Diesmal wollen wir Situationsberichte zusammenfassen, die sich nicht so sehr mit den Formen der brutalen Militärherrschaft, nicht nur mit den Erscheinungen eines gnadenlos unterdrückerischen Systems beschäftigen, sondern das auch uns wesentlich Erscheinende herausstellen: die wirtschaftlichen Fakten und Entwicklungstendenzen in Chile.

Es ist kein Zufall, daß die Henker des sozialistischen Prozesses in Chile nach dem Sturz der Allende-Regierung, nach planmäßiger Liquidierung und Einkerkierung Zehntausender chilenischer Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, nach einer Welle grausamer Einschüchterungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft des Landes ihr "Wirtschaftsprogramm" mit einer Schule kapitalistischer Ökonomie verbanden, welche am besten dem Ungeist dieser Retter von "Freiheit, Demokratie und Wohlstand" entspricht. Es ist dies die Wirtschaftsphilosophie des in Chicago lehrenden Professors Milton Friedmann und seiner Schüler, der in Chile treffend als Chicago-Boys apostrophierten Wirtschaftsberater der Militärs. Das ganze Modell beruht auf dem Manchester-Liberalismus der Anfänge des Kapitalismus, wonach alles vom Markt geregelt wird, durch Angebot und Nachfrage, ohne Einmischung des Staates (Nachwächterstaat), ausgenommen freilich die staatlich kontrollierten Löhne.

Eine solche Wettbewerbswirtschaft hätte nicht einmal zu den besten kapitalistischen Zeiten Chiles existieren können. Von nur 10 Millionen Einwohnern stellen 3,5 Millionen

ein aktives Arbeitspotential mit einem Pro-Kopf-Einkommen (in längst vergangenen Zeiten) von 1.000 Dollar im Jahr. Zur Herstellung der notwendigen Artikel genügen einige wenigen Betriebe, weshalb seit mehr als einem halben Jahrhundert eine der ausgeprägtesten Tendenzen der chilenischen Wirtschaft der Zug zur Monopolisierung war, wobei staatlicherseits diesem Phänomen durch Reglementierung der Preise begegnet wurde.

Längst vor Allendes sozialen Maßnahmen auf dem wirtschaftlichen Sektor hat der Staat an die 60% aller Investitionen kontrolliert, um die Monopole in Schach zu halten und soziale Spannungen zu mildern.

Der Rückzug des Staates aus jeder wirtschaftlichen Tätigkeit seit dem 11. September 1973 (Reprivatisierung von Banken, Betrieben und Handelsunternehmen), die Knebelung der Ware Arbeitskraft bei ihrem Verkauf (Streikverbot, Verbot gewerkschaftlicher Organisation etc.), mußte eine hemmungslose Wucherung des Kapitalmarktes nach sich ziehen mit Inflationsraten bis 400%!

Die Chicago-Boys gründeten Finanzierungsinstitute, die schwindelerregende Spekulationsgeschäfte betrieben und mit deren Gewinnen sie die vom Staat verschleuderten Unternehmen kauften. Riesige Monopole entstanden, vor allem auf dem Sektor der Petrochemie, der Nahrungsmittelindustrie, sowie des Versicherungs- und Bauwesens. Klein- und mittelgroße Betriebe gingen - wie bestellt - bankrott oder wurden von den großen geschluckt.

Parallel zu diesem Konzentrationsprozeß schrumpfte der Konsummarkt. Die von staatswegen kontrollierten, von Zeit zu Zeit angehobenen Löhne büßten allein 1975 40% ihrer Kaufkraft ein. Aber nicht nur durch den sinkenden Lohnanteil, sondern auch durch eine rapid steigende Arbeitslosigkeit blieb die Nachfrage auf dem Konsumsektor aus.

Zur Zeit des Putsches betrug die Arbeitslosigkeit 4,5%, heute wird sie auf 20% geschätzt. In knapp zwei Jahren ging der Anteil der Arbeiter

und Angestellten am Bruttonationalprodukt von 63% auf 35% zurück. Untere Lohnempfänger erhalten im Monat den Mindestlohn von umgerechnet 25 Dollar. Auf der anderen Seite ist eine enorme Zunahme und Akkumulation von Reichtum bei den oberen 4% der Bevölkerung zu registrieren.

Dies alles bekümmerte die Junta wenig, würde die internationale Finanzwelt auf sie nicht zunehmend Druck ausüben. (Zuerst wurde dies noch propagandistisch bewältigt, indem z.B. der "Wallstreet Journal" als Handlanger des internationalen Marxismus entlarvt wurde!) Gemäß dem Manchester Liberalismus versucht der Junta-Wirtschaftsminister Jorge Cauas seit April 1975 die Inflation auf rein monetäre Weise zu bekämpfen: durch eine drastische Kürzung der Staatsausgaben soll der Zwang zum Drucken von Banknoten aus der Welt geschafft werden. Schließlich soll die Umbenennung der Währung von Peso in Escudo - ein Taschenspielertrick - Probleme lösen, mit denen auch gesündere Wirtschaftseinheiten in kapitalistischen Ländern heute kaum fertigwerden.

Von der Arbeiterschaft ganz abgesehen, gegen die und deren Organe sich der Putsch ja gerichtet hatte (heute ist die Arbeiterschaft direkt in ihrer existenziellen Substanz bedroht), verliert die Junta entsprechend den Auswirkungen dieser Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik selbst ihren ureigensten sozialen Boden unter den Füßen, den chilenischen Mittelstand.

Ein Teil der Christdemokraten Freis ist ins Exil gegangen, aber selbst der rechte Flügel, der zunächst die Junta unterstützt hatte, hält heute zu ihr gehörige Distanz. Je mehr sich die Junta im In- und Ausland isoliert, umso mehr verschärft sie ihre Repression, die vor allem in der allmächtigen geheimen Staatspolizei DINA ihr gefürchtetes Werkzeug hat. Mit welchen Mitteln die DINA arbeitet, bezeugen die Erlebnisberichte von politischen Gefangenen, die auf Druck der internationalen Öffentlichkeit rechtzeitig freikommen konnten. Die jüngste Machination chilenischer Stellen in Zusam-



menarbeit mit der argentinischen AAA (Antikommunistische Allianz Argentinien - Todesschwadronen), die in ganz Lateinamerika, aber auch in der Weltpresse Aufsehen erregt und Empörung ausgelöst hat: es wurde die Nachricht lanciert, daß an der chilenisch-argentinischen Grenze 119 Leichen chilenischer Oppositioneller gefunden worden seien, die sich gegenseitig liquidiert hätten. Ihre Identität würde mit jenen politischen Gefangenen übereinstimmen, über deren Verbleib und Befinden sich die Junta Familienangehörigen gegenüber weigert, Auskunft zu erteilen. Die Täuschung der Öffentlichkeit und der Familien ging jedoch daneben, da das argentinische Wohlfahrtsministerium Lopez Regaz', des inzwischen nach Spanien exilierten intimen Beraters Isabelita Perons, durchlüftet wurde und damit Fakten ans Tageslicht kamen, die den ganzen grausigen Schwindel mit den Toten enthüllten.

Unter derartigen Bedingungen und seit dem offensichtlichen Scheitern des vom MIR anfangs versuchten bewaffneten Widerstands, scheint sich die Tätigkeit der Opposition auf Selbsthilfeorganisationen in Arbeiter- und Elendsvierteln zu konzentrieren. Von der Junta ge-

suchte Personen werden versteckt gehalten, aber auch einfache Formen der Selbsterhaltung der Familien organisiert: elementarste ärztliche Betreuung, Verarbeitung von Lumpen, Herstellung von Lebensmitteln aus Abfallprodukten u. v. a. m.

Politische Fronten, die im Ausland unter den Exilchilenen noch recht spürbar in Debatten und Aktionsformen zu Tage treten, sind von der chilenischen Realität längst begrabt worden. Aber auch im Ausland wächst heute schon die Einsicht, daß der Sturz der Junta die breiteste Allianz aller antifaschistischen Kräfte erfordere, wie es jüngst bei einer Chile-Konferenz in Berlin (DDR) zum Ausdruck kam. Dort wurde in der Abschlußresolution betont: "Das Bündnis der demokratischen Volkskräfte, das heute entwickelt werden muß, ist viel breiter - sowohl vom sozialen als auch vom ideologischen Gesichtspunkt - als jenes der Unidad Popular."

Unserer Meinung nach sollte sich in der konkreten Praxis der verschiedenen Chile-Solidaritätsbewegungen manifestieren, ob dies wirkliche Erkenntnis der dringenden Aufgaben oder nur schöne Worte sind.

Z. P.



KSZE: Helsinki und was weiter?

Jahrzehntelang hatte die sowjetische Diplomatie darauf hingearbeitet. Jetzt nachdem der Gipfel in Helsinki vorüber ist, geht die Frage allgemein um: Wozu war diese Supershow wirklich gut? Der erste Eindruck läßt vermuten: zu nichts, zumal diese Konferenz zwar abgeschlossen, aber noch nicht wirklich zu Ende ist. Die KSZE war nur offiziell eine eigenständige und von anderen unabhängige Verhandlung. De facto aber ist sie gekoppelt mit der MBFR, den SALT und vielen anderen. Es ist also zumindest heute noch nicht so eindeutig, wie ernst dieses Riesentreffen tatsächlich genommen werden muß. Drei Jahre dauerte diese Konferenz, wenn man die Vorkonferenz, den Botschaftersalon in Helsinki mitrechnet, bei dem der Verhandlungskatalog beschlossen worden war. Die eigentliche Verhandlungsphase fand dann in Genf statt. Für die Genfer Druckereien

wurde es ein gutes Geschäft: 10 Mill. Blätter wurden gedruckt, kaum jemand wird sie in Zukunft in die Hand nehmen. 2419 Treffen waren insgesamt nötig, um die verschiedenen "Körbe", die zusammengefaßten Themen unter Dach und Fach zu bringen.

Schon seit rund zwei Jahrzehnten drängte die Sowjetunion auf ein multilaterales Treffen, das eine Art Ersatz für eine Friedenskonferenz in Europa sein sollte. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde das Thema wieder aufgegriffen und stärker konkretisiert. Die Treffen des Warschauer Paktes in Bukarest und Budapest sowie das Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlsbad, gehen schließlich ins Detail: Behandelt sollte in erster Linie das Deutschlandproblem werden und die Grenzen des gegenwärtigen Zustands sollten garantiert werden. Hier zeigt

sich bereits in einem Aspekt der Wert des nunmehrigen Konferenzabschlusses: Die Hauptprobleme der Sicherheitskonferenz wurden bereits vor längerer Zeit erledigt, nämlich durch die Ostverträge auf bilateraler Basis zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR und Polen. So machte die Konferenz den Eindruck der Leere. Selbst die beteiligten Staaten waren sich bis zum letzten Moment über ihren Wert oder Unwert nicht völlig im klaren. Nicht umsonst war es vor allem die Sowjetunion gewesen, die so sehr auf die Durchführung gedrängt hatte. Die kapitalistischen Länder waren eher reserviert. So konnte auch die Vorkonferenz erst losgehen, nachdem einige Bedingungen erfüllt worden waren, insbesondere auch eine Grundsatzlösung für Berlin.

Als daher am 22. November 1972 der Botschaftersalon zum erstenmal in Helsinki zusammentrat, ergab sich die paradoxe Lage, daß die ursprünglichen Themenkreise bereits erledigt waren und im Grunde erst eine neue Thematik für die Konferenz gesucht werden mußte. Für die Sowjetunion traf dies allerdings weitaus weniger zu als für die westlichen Staaten, von denen einzelne laut aussprachen, daß sie eigentlich gar nicht wüßten, worüber sie verhandeln sollten. Die Sowjetunion verfolgte weiter ihr eigentliches Ziel, ob mit dieser oder mit jener aktuellen Thematik. Und dieses Ziel ist auch durch den Abschluß der Konferenz unverändert geblieben und gestärkt aus der Konferenz hervorgegangen. Es ist die Aufrechterhaltung eines geschlossenen sowjetischen Einflußbereiches, die Festigung des sogenannten sozialistischen Lagers.

Was ist nun konkret das Ergebnis dieser Konferenz? Das 120 Seiten starke Abschlußdokument umfaßt 3 Körbe (zusammengehörige Themenbereiche) und einige Sondertexte. Der erste Korb befaßt sich mit der Frage der Sicherheit in Europa. Neben einem Thema mehr militärischer Art - die sogenannten vertrauensbildenden Maßnahmen umfassen etwa die Ankündigung größerer Manöver etc. - sind hier vor allem die "10 Gebote" zu finden. Das sind zehn politische Prinzipien über Souveränität, Gewaltverzicht, Grenzen, territoriale Integrität, friedliche Streitregelung, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Menschenrechte und Grundfreiheiten, Selbst-

bestimmungsrecht der Völker, zwischenstaatliche Zusammenarbeit sowie die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen. Allerdings sind diese Gebote lediglich Empfehlungen und nicht völkerrechtlich verbindlich. – Der Korb 2 ist der umfangreichste. Er hat das Thema Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt zum Inhalt. Er soll vermehrten Handel fördern, weiters bessere Kontakte, industrielle Kooperation, gemeinsam interessierende Projekte, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, gemeinsame umweltpolitische Ansätze u. ä. begünstigen.

– Der Korb 3 war der am meisten umkämpfte. Zum einen sind hier die Interpretationsvarianten zu verschiedenen, zum anderen geht dieser Korb mitunter sehr ins Detail. Sein offizieller Titel lautet: Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen.

Über die Konsequenzen der KSZE wurde schon gesprochen. Wie hoch sie von den sozialistischen Staaten eingeschätzt wird, zeigt, daß man diese Konferenz institutionalisieren und zu einer Dauereinrichtung machen wollte. Dieser Vorschlag wurde zwar nicht angenommen, immerhin aber soll bereits 1977 in Belgrad eine Folgekonferenz stattfinden. In dieser Folgekonferenz soll geprüft werden, wie die 35 Teilnehmerstaaten die vorgesehenen Maßnahmen erfüllt haben. Von den Oststaaten wird die

KSZE als eine Quasi-Friedenskonferenz betrachtet. Der Westen widerspricht dieser Auslegung heftig. Er betont, daß die KSZE kein Vertrag ist, sondern nur eine Einigung darüber ist, gemeinsam auf den Frieden hinzuwirken. Dazu müsse das Kräftegleichgewicht aufrecht erhalten werden. Ford hat bereits hervorgestrichen, daß das Engagement der USA in Europa auch in Zukunft aufrecht erhalten wird. Und Kissinger fügte hinzu: kein Dokument kann das Kräftegleichgewicht in Europa ändern.

Diese Konferenz ist von einigen Kommentatoren als ein neues Jalta bezeichnet worden. Zweifellos geschah dies zu Unrecht, was die historische Tragweite der Konferenz betrifft. Nicht ganz zu Unrecht aber wird der Inhalt verglichen. Hier wurde wieder einmal das Abstecken und die gegenseitige Anerkennung der Einflußbereiche der beiden Supermächte abgewickelt. Die UdSSR hat ihren Besitzstand bestätigt bekommen. Dafür gibt sie das Versprechen, die Kreise der imperialistischen Staaten nicht zu stören. Völlig zu recht empfinden daher die kapitalistischen Länder die Entwicklung in Portugal als Ereignis, durch das die Entspannung gestört wird. Würde sich doch damit ein weiteres Land in Europa aus der imperialistischen Umarmung lösen.

A. R.



Armee und Polizei. Wäre die Tragödie auf Zypern nicht eine fortdauernde Erinnerung an ihre Verbrechen, wären die türkischen Drohungen nicht eine ständige Mahnung zur Einheit und Geschlossenheit der Nation, vielleicht hätten sie das Zustandekommen der Prozesse überhaupt verhindert. Davon waren jedenfalls die Angeklagten bis vor kurzem noch felsenfest überzeugt.

Karamanlis braucht die Prozesse, weil er damit den endgültigen Schlußstrich ziehen möchte, um endlich zur bürgerlich-demokratischen Tagesordnung übergehen zu können. Solange die Exekutive nicht wenigstens nach außen hin gereinigt und sich gegenüber der Legislative loyal gebärdet, wird jedenfalls der Ruf erschallen, daß die Polizei, wenn sie durchgreift, nur ihr altes, wahres Gesicht zeigt.

Es war kaum im Sinne Karamanlis', daß die Polizei bei den jüngsten Bauarbeiterdemonstrationen, mit denen sich die Linke, vor allem die Studenten solidarisiert hatten, wieder einmal wild dreinschlug, und als die Demonstranten schon auseinandergejagt waren, noch immer Tränengas in weit abgelegene Straßen verschoß, also offensichtlich – und das kurz vor Beginn der ersten Prozesse – die Bevölkerung provozierte.

An der Rolle Karamanlis' läßt sich sehr gut dokumentieren, daß der Faschismus in dieser oder jener Gestalt keineswegs eine "Veranstaltung" des bürgerlichen Staates ist in seiner Funktion als ideeller Gesamtkapitalist. Der Faschismus kann und stellt auch eine letzte, allerletzte Chance dar, er ist der Strohalm, nach dem die Kapitalistenfraktionen wie Ertrinkende greifen, wenn die "rote Flut" ihnen bis an die Nase steht.

Wie die Aussagen in den Prozessen übereinstimmend bestätigen, stimmte in Griechenland nicht einmal das. Putschpläne bestanden unabhängig von jeder gesellschaftlichen "Notwendigkeit" sowohl seitens des Königshauses als auch der Generalität. Die Obristen sind den anderen nur einfach zuvorgekommen, haben alle übertölpelt, bei ihrem schlechten Gewissen gepackt. Vom CIA

Griechenland: Die Prozesse

In Anbetracht der sieben Jahre Obristen-Herrschaft in Griechenland mögen sich die angelaufenen Prozesse gegen die Putschisten erster und zweiter Generation (Papadopoulos-Pattakos-Ioannidis) und gegen die prominentesten Befehlshaber der Folterknechte und der Militärpolizei eher bescheiden ausnehmen. Allerdings müssen sie unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, welches Interesse wohl Karamanlis an ihrer Durchführung überhaupt haben kann. Er scheint nach wie vor stärker unter dem Druck der extremen Rechten in Militär und Polizei zu stehen als unter dem der Linken, die trotz einiger bemerkenswerter Erfolge bei Kommunalwahlen ihre Schwäche nicht überwinden konnte, die vor-

nehmlich aus ihrer Uneinigkeit und Zersplitterung resultiert. Unlängst erst wurde ein Großteil des Zentralkomitees der PASOK von Andreas Papandreou aus der Bewegung ausgestoßen, weil sie seinen selbstherrlichen politischen Arbeitsstil zu kritisieren wagten.

Nach einem triumphalen Konzerttournee durchs Land, scheint die nachfolgende politische Rundreise des weltberühmten Komponisten Theodorakis von weitaus weniger Erfolg gekrönt zu sein, eine neue Bewegung für Sozialismus an der Basis zu initiieren und zu organisieren.

Dagegen noch weitgehend ungebrochen ist die Macht der Ultras in der



und State Department schließlich als das kleinere Übel akzeptiert, hatten sie als wichtige Bastion der "freien Welt" relativ leichtes Spiel. Der Nationalismus war nur der alte Hut, der dem Ganzen aufgestülpt wurde, damit das Monstrum ein Aussehen hatte.

Und wenn Ioannidis - im Gegensatz zum schlaueren und noch in realen Begriffen denkenden Papadopoulos ein "Idealist" und Eiferer - nicht den Coup gegen Makarios gelandet hätte mit der darauffolgenden nationalen Katastrophe, wer weiß, vielleicht lebten sie alle heute noch inmitten ihrer militärischen Pracht und Herrlichkeit.

Die griechische Bourgeoisie litt sie am Ende so wenig wie die Raubtiere ihre Wärter, trotzdem diese ihnen den Fraß regelmässig bringen: sie sind lieber auf freier Wildbahn,

selbst auf die Gefahr hin, eines Tages selbst verspeist zu werden.

Die Asoziierung an die Europäische Gemeinschaft blieb dem griechischen Kapital wegen der Junta verwehrt. Die Vorstellung, der Kapitalismus sei ein "natürliches" Ordnungssystem, dessen Reglement Offiziere eben besser verstünden als Zivilisten, mußte die Militärs in Gegensatz zu ihren Schützlingen auch von rechts bringen, sowie dies heute in Spanien mit dem Franco-Faschismus geschieht.

Der Kapitalismus braucht Freiheit im bürgerlichen, im warenfetischistischen Sinn, in der er sich entfalten kann, er läßt sich schlecht und ungern dirigieren, weder von links, noch von rechts. Das sollten die Ehrenretter des Kapitalismus von links wie von rechts begreifen. Er läßt sich nicht in ein Korsett preßen, nicht in das reformistische noch in das faschistisch-dirigistische, das

zwangsläufig auch gegen die Marktgesetze verstoßen muß.

Kapitalismus ist nicht Faschismus, er führt nicht dahin, sondern er läßt sich in letzter Not davon verführen, um anschließend die große Desillusionierung zu erleben. Dieser Exkurs soll nur das Dilemma vergegenwärtigen, vor dem Karamanlis heute steht. Er will einen gesunden bürgerlichen Staat, eine bürgerliche Demokratie, die Voraussetzung für die volle Entfaltung der Marktbeziehungen im Inneren wie im Äußeren. Deswegen die Prozesse, vorsichtig dosiert, aber auch eingesetzt und durchgeführt. Schritt um Schritt gewinnt Karamanlis mit jedem gefällten und vollstreckten Urteilsspruch die Oberhoheit des bürgerlichen Staates über die bürgerliche Demokratie zurück. Darum geht es.

Zsolt Patka



Betrifft Portugal

Werte Genossen!

Der sozialrevolutionäre Prozeß in Portugal hat bei der österreichischen Linken bisher wenig zu einer Erweiterung ihrer überholten Theorien geführt, sondern sie vielmehr in ihrer Ansicht vom unaufhaltsamen Kommen der "Weltrevolution" bestärkt. Dazu mag auch der Sieg in Vietnam beigetragen haben.

Der Übergang vom Faschismus in einen modernen Reformkapitalismus in Portugal, der

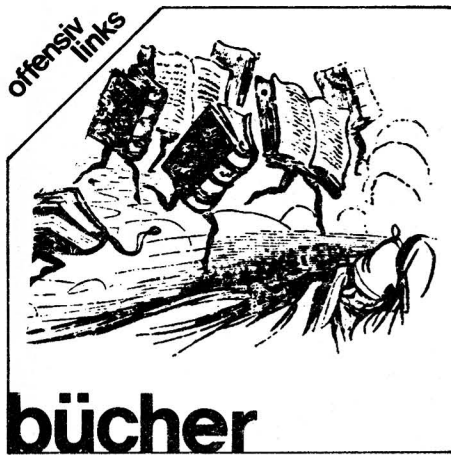
von der europäischen Sozialdemokratie unter großen finanziellen Aufwendungen gefördert wurde, ist durch die Wucht der Klassenkämpfe anscheinend verhindert worden. Die Aktionen an der Basis, z. B. der Protestmarsch der Lissabonner Werftarbeiter für eine klassenlose Gesellschaft und die Übernahme von öffentlichen Einrichtungen (Krankenhäuser usw.) in Arbeiter-Selbstverwaltung, sind hoffungsvolle Anzeichen für einen wirklichen Übergang zum Sozialismus.

Ihr nehmt für Euch in Anspruch, eine marxistische Organisation zu sein. Daher wundert mich der manchmal recht AZ-nahe Standpunkt in dem Artikel "Portugal: Welchen Sozialismus?" (OL vom Juni 75). Nach meinen Informationen weigerte sich die Soares-Partei, MES und FSP bei der Maikundgebung im Stadion reden zu lassen und wollte dagegen die rechte PPD einladen. Die PS marschierte am Schluß des Aufmarsches, weil sie sich unbedingt an einem separaten Sammelplatz treffen mußte. Die Sozialdemokraten trafen daher verspätet im bereits vollen Stadion ein, wo die Kundgebung schon begonnen hatte. (Auch unsere SP'ler weigern sich ja bekanntlich, gemeinsam mit anderen Genossen in einer vom ÖGB organisierten Maidemonstration zu marschieren!) PS-Sprechchöre störten beim Einmarsch die Rede von Costa Gomes, was die Massen sehr erregte. Es stimmt, daß daraufhin Ordner der PC Soares behinderten. MFA-Offiziere, die den PS-Führer dann zur Ehrentribüne geleiten wollten, wies er zurück und verließ mit seinem Anhang das Stadion. Wegen der eindeutigen Hetzartikel der sozialdemokratischen "Repubblica"-Redakteure betr. die Vorfälle am

1. Mai weigerten sich die keineswegs nur stalinistisch orientierten Druckereiarbeiter, die Zeitung zu setzen. Als am 16. Mai in der "Republica" Erklärungen der maoistischen AOC abgedruckt wurden, die sich gegen die anderen Linksparteien und den MFA richteten, war das Maß voll. Die Zeitungsarbeiter wollten die "Republica" in eigener Regie weiterführen. Auf ausdrücklichen Wunsch des PS-Verwalters wurden dann am 20. Mai die Redaktionsräume vom MFA versiegelt und der Streitfall dem Gericht übergeben. Die Arbeiter haben also keineswegs die ganze Zeit die Redaktionsräume besetzt gehalten. Vor allem die EFTA-Länder Schweden und Norwegen sind durchaus noch zu Investitionen in Portugal bereit. Die Arbeiterbewegung in Portugal braucht unsere volle Unterstützung, die sich nicht in einem gelegentlichen OL-Artikel erschöpfen sollte!

Wien, den 12. 7. 1975 Günter Nattkämper





Dokumentation eines Kampfes

Lothar Gothe/Rainer Kippe:

"AUFBRUCH - 5 Jahre Kampf des SSK: von der Projektgruppe für geflohene Fürsorgezöglinge über die Jugendhilfe zur Selbsthilfe verelendeter junger Arbeiter". Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln. pocket 58, Preis : DM 14.--

"Vor fünf Jahren hat sich in Köln der Verein Sozialpädagogischer Sondermaßnahmen Köln e.V. gegründet. Er entstand, wie viele andere Gruppen, weil es damals offenkundig geworden war, daß die Sozialhilfe den Anspruch des Sozialstaates nicht überall verwirklichte. (Die Sozialhilfe löst ein, was der Sozialstaat als Anspruch erhebt: Jedem Bürger dieses Staates wird ein menschwürdiges Leben garantiert.)

Einmal waren da die Erziehungsheime, in denen Zigtausende von bedürftigen Arbeiterkindern untergebracht waren. Als deren Verhältnisse ans Licht der Öffentlichkeit kamen, mußte man bestürzt erkennen, daß diese Sozial Einrichtungen geradezu das Gegenteil dessen taten, was ihre erklärte Aufgabe war: Den Jugendlichen wurde nicht geholfen, sondern sie wurden offen zugrunde gerichtet. Unter dem Mantel der Sozialstaatlichkeit hatten sich Verhältnisse verborgen gehalten, die offenes Elend aufrecht erhielten und erzeugten. Heimlich und im Dunkeln war der Dschungel der Vergangenheit weiter gewuchert. Zu dieser Feststellung gesellte sich eine weitere, die ebenso erschreckend war: Nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Gruppen und Schichten fristeten in der Stadt ein Dasein in Not und Elend, ohne daß sie von der Sozialhilfe zur Kenntnis genommen wurden. Folglich ohne Hoffnung auf Hilfe. Es gab damals schon mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche in der Stadt, die auf der Straße lebten, schlecht ernährt, krank und verzweifelt... Nicht einmal in den Statistiken tauchten sie auf.

Deshalb gründete sich der SSK. Er wurde ihr Fürsprecher, ihr Anwalt und sorgte selbst für praktische Hilfe so gut er konnte. 5 Jahre lang

kämpfte der SSK dafür, daß ihnen wenigstens die Existenz der Sozialhilfe zugestanden wurde. Wir holten die Jugendlichen ans Licht der Öffentlichkeit und gingen mit ihnen in die Amtsstuben der Sozialverwaltung, um ihr Recht zu fordern. Wir mußten erleben, daß man uns dafür fast wie Staatsfeinde behandelte, uns bedrohte und uns verfolgte. Wir mußten erkennen, daß es sogar verboten war, die Hilfe selbst zu organisieren, die der Staat verweigerte.

Wir waren bald entschlossen, hier den Sozialstaat an seinem Anspruch zu packen und die Sozialhilfe zu ihrer Einlösung zu treiben. Unsere Arbeit wurde umso ausdauernder und unerbittlicher, je deutlicher wir erkannten, daß die obdachlosen Jugendlichen nur ein kleiner Teil derer sind, die entgegen aller Selbstdarstellung dieses Staates in offenem Elend leben. In 5 Jahren Arbeit und Kampf für die Menschenrechte der obdachlosen Jugendlichen haben wir den Sozialstaat auf dem Prüfstand gehabt...

...Der SSK war ein dreiviertel Jahr lang die einzige offizielle Instanz, die den soeben anerkannten Hilfsanspruch der obdachlosen Jugendlichen einzulösen versuchte. Ein dreiviertel Jahr lang nahmen wir allein sämtliche Funktionen staatlicher und institutioneller Jugendhilfe wahr. Die rechtlichen und materiellen Möglichkeiten der Jugendlichen haben wir bis zum letzten ausgeschöpft. Dabei haben wir deren Grenzen, Strukturen und Ergebnisse unverhüllt erkannt.

Unser Versuch, die Sozialhilfe in einem kleinen Teilbereich konsequent im Sinne des Sozialstaatsanspruches anzuwenden, hat nach einem knappen Jahr die Kölner Sozialverwaltung in den Zusammenbruch getrieben. In Köln mußte der Sozialstaat den öffentlichen Bankrott erklären, schon als er sich zum Minimum an Hilfe für nur 1.000 Arbeiterkinder gezwungen sah. Ihm blieb keine andere als die polizeistaatliche Abwehrreaktion: Verbot des SSK, der nicht bereit war, sich an der Wirklichkeit und nicht am Anspruch des Sozialstaates zu orientieren. Die obdachlosen Jugendlichen sind in Köln nach wie vor als bedürftige Bürger anerkannt, es gibt teure Einrichtungen und Verwaltungen für sie. Aber sie erhalten Hilfe in der Form, in der die Sozialhilfe allgemein gegeben wird: einschüchternd und zerstörend. Zudem sind es nur wenige Auserwählte, die sie überhaupt erhalten.

Der SSK hat die Konsequenzen daraus endgültig gezogen. Er entwickelte sich zu einer selbständigen Organisation der verelendeten Jugendlichen, strebt keine Sozialhilfe mehr an, organisiert den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit. Er ist so in der Lage, unbehindert und ohne Illusion diesen "Sozialstaat" anzugreifen und die Grundrechte für die Menschen im Elend zu erkämpfen.

Den hier umrissenen Prozeß stellen wir in unserem Buch vor, indem wir die Entwicklung des SSK nachvollziehen. Wir versuchen dann, auf der Grundlage unserer Erfahrungen und unserer augenblicklichen Organisationform Perspektiven zu entwickeln für eine breite Organisation der Menschen, die hinter der Fassade des Sozial- und Wohlfahrtsstaates zu

einem Leben in Not, Elend und Verzweiflung verdammt sind.

Wir gewinnen daraus kein Programm für eine Arbeiterpartei, keine Strategie für die Revolution, auch nicht die Festlegung eines endgültig richtigen Weges für einen grundlegenden Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Aber nach 5 Jahren gemeinsamen Kampfes mit Teilen der Arbeiterjugendlichen sind wir sicher, daß wir in die richtige Richtung gehen."

x

Gothe und Kippe versuchen von sich aus schon die theoretisch-abstrakten Begriffe wie "Randgruppen" und "Randgruppenstrategie" zu problematisieren. Aufgrund ihrer Erfahrung stellen sie fest, daß "in den ganzen Jahren kaum eine gesellschaftliche Gruppe konsequenter und ausdauernder, aber auch selbstloser und disziplinierter gekämpft hat, als die jungen Menschen aus der Elendsschicht der Arbeiterklasse", mit denen sie zu tun hatten. Genauer durchdacht müßte noch ihr Standpunkt werden, "daß nur diejenigen Arbeiter, die ins Elend hinabgesunken sind, in der Lage sind, für eine neue Ordnung des menschlichen Zusammenlebens zu kämpfen, die an die Stelle der alten kapitalistischen Ordnung treten muß". Ist nicht der Verkauf der Ware Arbeitskraft Elend genug? Fest steht jedenfalls, daß es vom geistigen Elend im Kapitalismus zur materiellen Not nur noch ein kleiner Schritt ist. Die scheinbar sinnlose Tätigkeit in den Betrieben führt sehr leicht - hauptsächlich bei Jugendlichen - zum Ausflippen.

Die Strukturkrise des Kapitalismus wird diesen Prozeß noch weiter vorantreiben. Immer breitere Teile der Arbeiterklasse müssen Lohn einbußen in Kauf nehmen oder stehen überhaupt ohne Arbeit da. Das Ansteigen der "Kriminalität" ist nur eine Begleiterscheinung. Wie viele dieser "Deklassierten" den Sprung zurück nicht mehr schaffen werden, wird die Zukunft zeigen.

Es wäre daher wichtig, über die sogenannte "Randgruppenstrategie" wieder eine Diskussion in Gang zu setzen. Gerade im Bereich der Jugendarbeit drängt sich uns das Problem "Randgruppe" immer wieder auf. Die Jugendlichen sind eben nicht getrennt in "Schlimme", die nicht arbeiten, und in "Brave", die aufstiegsorientiert hackeln.

Viele Linke und sämtliche "kommunistische Parteiaufbauorganisationen" haben sich in den letzten Jahren nur auf die Arbeiter im Betrieb konzentriert; und dabei einen komisch-theatralischen "Proletenkult" entwickelt. Ihre phantasielosen Aktionen bezeichnen sie selbst in überheblicher Weise als Politik. Mit bewunderswerter Ausdauer haben sie sich mit ihren Programmatiken und Lösungen vor die Betriebe gestellt - und nichts erreicht. Sie haben vergessen (vielleicht weil sie selbst nicht aus der Arbeiterklasse kommen), daß es für die Arbeiter andere genauso wichtige Dinge gibt, wie den Betrieb.





Redaktionskollektiv Hochschulgruppe: THESEN ZUR HOCHSCHULPOLITIK

1. Zur Strategie an den Hochschulen
2. Welche Funktion kommt der Wissenschaft im Kapitalismus zu?
3. Universität und Ausbildung

Diskussion zur Organisationsfrage

Zur Geschichte der FÖJ - Bewegung f. Sozialismus

Zu beziehen im Sekretariat der Organisation:
1040 Wien, Belvederegasse 10.

Fortsetzung von Seite 19

Erst dann, wenn wir die Probleme der gesamten Arbeiterklasse (und dazu gehört eben auch das Heer der Deklassierten) in ihrer Totalität erfaßt haben, erst dann können wir

darauf hinarbeiten, sozialistische Perspektiven zu entwickeln. Wenn wir ein Haus bauen, müssen wir mit dem Keller beginnen und nicht mit dem Dach!

Aufbruch - Dokumentation eines Kampfes.
Aufbruch zu neuen Dimensionen. Aufbruch -

ein Buch, das keine "Theoretiker" geschrieben haben und das deshalb leicht verständlich ist, aber doch eine Theorie vermittelt, die es wert ist, sich mit ihr auseinanderzusetzen.

werner matheis ★

Die Organisationen - Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit, FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Freidenker-Bund, Verband Marxistischer Arbeiterjugend - haben in gemeinsamer Arbeit im "KOMITEE FÜR STRAFFREIE ABTREIBUNG" eine Broschüre zusammengestellt.



**Freie Entscheidung
für die Frau -
weder Gebär- noch
Abtreibungszwang!**

**Nie mehr vor den Richter -
unbefristete
Freigabe der Abtreibung!**

**Verhütungsmittel und
Abtreibung
auf Kassenkosten!**

Die Broschüre hat folgenden Inhalt:

Schwangerschaftsabbruch - ein Problem der Gesellschaft / Sozialdemokratie und Abtreibungsfrage / Die Kirche als ein Hauptfeind der Fristenlösung / Also sprachen die Bischöfe / Die Geschichte der Abtreibung / Die Abtreibungsfrage in den kapitalistischen Staaten / ... und in den Oststaaten? / Familienplanung in Ungarn / Wer wagt, verliert.

Zu beziehen bei den jeweiligen Organisationen bzw. im Sekretariat der FÖJ - Bewegung für Sozialismus: 1040 Wien, Belvederegasse 10. Telefon: 65 19 52.

ERKLÄRUNG DER FÖJ-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS ZU DEN NR-WAHLEN 1975

Die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise beginnen sich auch in Österreich bemerkbar zu machen und führen zu allgemeiner Verunsicherung. Die SP-Regierung versucht bisher, die Situation zu verharmlosen. Wenn sie betont, Österreich könne nicht von der kapitalistischen Welt getrennt betrachtet werden, gibt sie im gleichen Atemzug zu: sie hat die Lage eben doch nicht im Griff, denn Krisen haben ihre eigene Dynamik. In deren Folge betreffen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Inflation zunehmend auch Österreich.

Da die gegenwärtige Krise nicht nur die tiefste seit 1945, sondern ihrem ganzen Verlauf nach zu schliessen eine Strukturkrise (also nicht gleich Zusammenbruch), aber auch nicht nur eine "Rezession" ist, ist nach der Perspektive in dieser Situation zu fragen: Die SPÖ ist von der Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung abhängig, sie muss in einem gewissen Ausmass auf deren Forderungen eingehen. Tut sie das, so muss sie notwendig gegen Kapitalinteressen handeln. Dadurch verliert sie aber auch deren Vertrauen das sie in der Konjunktur (z.B. seitens des Industriellenverbandes) genoss. Tut sie das nicht, verliert sie zum mindesten über Teile der Arbeiterschaft die Kontrolle und büsst damit auch ihre eigentliche Funktion aus der Sicht des Kapitals ein (Situation in der BRD).

Eine konservativ-bürgerliche Regierung hingegen würde eine Reihe dieser Rücksichtnahmen nicht zu beachten haben. Als unmittelbare Vertreterin des Kapitals würde sie jenen Methoden des Krisenmanagements (Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen) freien Lauf lassen, die in noch stärkerem Masse offen auf Kosten der Arbeiter gehen.

Die SPÖ:

Bei einer Einschätzung der österreichischen Sozialdemokratie wird der Rahmen von Tatsachen abgesteckt, mit denen wir ja auch in der Tagespolitik unausgesetzt massiv konfrontiert werden: Zum einen, dass die SPÖ die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten seit Jahrzehnten ungebrochen hinter sich hat; zum anderen, dass diese Partei seit fünf Jahren die Regierung stellt. Letzteres gibt uns die Möglichkeit, bei unserer politischen Arbeit davon auszugehen, dass die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in der SP "ihre" Partei sieht und von ihr auch die Erfüllung ihrer Wünsche erwartet.

Die SP-Regierung erfüllt die Funktion eines Geschäftsführers des Grosskapitals. Dazu ist sie besonders befähigt, weil sie durch geringfügige Zugeständnisse an ihre Wählerbasis diese an das kapitalistische System binden kann. "Sozialer Friede", d.h. gesicherte Bedingungen zur Kapitalverwertung sind das Ergebnis. Dennoch hat die "Liberalisierung" in der Gesetzgebung gewisse Verbesserungen gebracht. Die dortigen Reformmassnahmen liegen jedoch nicht nur im unmittelbaren Klasseninteresse der Arbeiter und Angestellten, sondern entsprechen auch der Modernisierung des kapitalistischen Systems.

Gesetze wie das Arbeitsverfassungsgesetz und das Entgeltfortzahlungsgesetz, die unmittelbar die arbeitenden Menschen betreffen, haben nur minimale Verbesserungen gebracht; jeder schwere Interessenkonflikt mit den Unternehmern wurde vermieden.

Insgesamt schliesslich ist es das erklärte Hauptziel der SPÖ, den österreichischen Kapitalismus modern und im internationalen Massstab konkurrenzfähig zu machen bzw. zu erhalten. Wie Vergleiche mit westeuropäischen Ländern zeigen, ist die vielgepriesene Sozialpartnerschaft dazu ein erstklassiges Werkzeug, vor allem, wenn es darum geht, Profite hoch, aber Löhne und durch Streik verlorene Arbeitstage niedrig zu halten.

Bei all dem bleibt die Tatsache bestehen, dass für viele kritische Menschen bei Wahlen nur die Entscheidung für die SP denkbar ist. Als einzige Alternative haben sie die ÖVP vor Augen, die, sowohl was die Vertretung kurzfristiger Tagesinteressen der arbeitenden Menschen, als auch was ihr Auftreten im kulturellen, bildungspolitischen usw. Bereich betrifft, noch weniger akzeptabel ist. Diese Menschen, die ja, soweit sie SP-Mitglieder sind, "die Partei" bilden, wählen die SP aus den genannten Gründen sowie

aus Tradition; das bedeutet keineswegs, dass sie sich mit dem Programm der Regierung identifizieren, auch wenn sie diese aus Loyalität nach aussen verteidigen.

Dieser Zwiespältigkeit, diesem Gegensatz zwischen Parteiführung und Basis muss unsere Politik Rechnung tragen. Die Herausbildung einer linken Alternative, die die Bindung der Basis an die SP-Führung und damit an den Kapitalismus durchbrechen kann, ist eine Notwendigkeit.

Die KPÖ:

Die KPÖ ist im Bewusstsein der meisten Österreicher die einzige politische Kraft, die den Anspruch erhebt, vom Klassenstandpunkt auszugehen.

Jedoch hat die Politik der KPÖ in den letzten Jahren nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass antikommunistische Vorurteile weiterhin unter den Arbeitern und Angestellten auf fruchtbaren Boden fallen. Eine kritiklose Verteidigung der Staaten des Warschauer Paktes und deren Beschreibung als "sozialistische" haben weiter zur Isolierung der KP und der gesamten Linken beigetragen.

Auch ihr innenpolitisches Auftreten wird dem Anspruch, den revolutionären Weg zum Sozialismus anzustreben, nicht gerecht.

In ihrer Wirtschaftspolitik bleibt sie innerhalb der kapitalistischen Logik. So dient ihre Propaganda, die Krise des Kapitalismus über Hebung der Massenkaufkraft und Intensivierung des Osthandels beleben zu können, viel eher dazu, Illusionen über einen "sozialen" krisenfreien Kapitalismus zu nähren. In der Lohnpolitik unterscheidet sich die KP von der SP höchstens in quantitativer Art. Damit ist sie unfähig, in diesen wohl relevantesten Bereichen linker Politik eine wirklich sozialistische Alternative zur SP darzustellen. Dementsprechend geht ihr Einfluss in der Arbeiterschaft ständig zurück.

Eng damit verbunden ist ihre bedingungslose Anerkennung des Parlamentarismus. Dies kommt unter anderem in der Auffassung zum Ausdruck, dass praktische Veränderungen derzeit nicht über Massenbewegungen erreicht werden können, sondern sich nur in der Wahl eines oder mehrerer KP-Nationalräte manifestieren würde. Selbst ihren Anspruch, im Parlament das Sprechrohr der Interessen der Arbeiterklasse darzustellen, muss man bezweifeln. Die Haltung der KP zu den Basisinitiativen und Klassenkämpfen der letzten Zeit zeigten, wie gering die Bereitschaft ist, ihre institutionelle Verankerung zur Unterstützung von Basiskämpfen zu verwenden. Beispielsweise wurde die Simmeringer Hausbesetzung, mit der 200 Simmeringer Jugendliche ihre Forderung nach selbstverwalteten Jugendzentren zum Ausdruck brachten, von der KP-Presse totgeschwiegen und während des Streiks bei Hukla erwähnte der KP-Gewerkschafter auf dem Kongress der Bau-Holz-Gewerkschaft den Konflikt mit keinem Wort, um nicht seinen Vorstandssitz zu gefährden.

Ihr Alleinvertretungsanspruch, ihre Diskriminierungen und Verleumdungen der linken Bewegung ausserhalb von ihr, würden bei einer weiteren Stärkung der Positionen der KP die Möglichkeit der Bildung einer revolutionären Alternative, die geeignet ist, auf die Mehrheit der Arbeiterklasse einzuwirken, verringern.

Die GRM:

Sicherlich sind die theoretischen Einschätzungen der GRM den unseren am nächsten. Jedoch hat die Kandidatur auch aus dem Verständnis der GRM nur den Charakter, in einer Zeit grösserer politischer Aufmerksamkeit ihr Programm zu propagieren.

Mit dieser von vornherein erfolgten Einengung auf eine Programmatik, die weder historisch noch aktuell die geringste Verankerung in der österreichischen Arbeiterbewegung aufweist, erschwert die GRM einen politischen Vereinheitlichungsprozess der Linken und eine konkrete Verbreitung revolutionären Gedankengutes unter der Arbeiterklasse. Eine Stimme für die GRM bedeutet somit nicht die Unterstützung einer breiten linken Alternative gegenüber der KP und SP, sondern die Unterstützung ihrer in sektenhafter Manier vorgetragenen Programmatik.

Wahlen genügt nicht!!

Wir können daher bei den Wahlen unsere Vorstellungen einer linken Alternative nicht zum Ausdruck bringen. Durch eine Wahlenthaltung würden wir jedoch an diesem, auch für die Linke nicht völlig bedeutungslosen Ereignis vorbeigehen. Was bleibt, ist die taktische Entscheidung, in welchem parlamentarischen Rahmen die Linke günstigere Kampfbedingungen vorfindet. Deshalb haben wir uns entschieden, am 5. Oktober SPÖ zu wählen. Wir stellen mit Nachdruck fest: Bei dieser Wahl wird nicht über die Politik der nächsten vier Jahre entschieden, sondern - bestenfalls - der Rahmen und die Bedingungen für den Kampf um die Politik, den Klassenkampf, abgesteckt.

Der Arbeiterklasse drohen massive Angriffe - es wird verstärkt versucht werden, die Kosten der Krise des Kapitalismus auf sie abzuwälzen. Der eine Gegner, die Unternehmer, ist gegeben. Über den anderen, die Regierung, wird bei den Wahlen entschieden.

Derzeit gibt es zur SPÖ-Regierung keine linke Alternative - nur eine rechte. Die Mehrheit der österreichischen Arbeiter und Angestellten weiss dies, - auch ohne Belehrung - sie wählt SPÖ und wird damit voraussichtlich eine Regierung Kreisky III erwirken.

Dadurch wird aber nur rein defensiv eine Verschlechterung der Kampfbedingungen für die Arbeiterschaft verhindert werden. Wenn längst fällige Veränderungen zugunsten der Arbeiterklasse erreicht werden sollen, ist es absolut notwendig, den Klassenkampf offensiv zu führen - nicht nur Übergriffen des Kapitals zu begegnen, sondern selbst Forderungen zu stellen, die die Verfügungsgewalt des Kapitals angreifen und bei den Auseinandersetzungen stets den fortschritthemmenden Charakter des Kapitals, seine historische und gesellschaftliche Überholtheit offenzulegen.

Daraus ergeben sich die Forderungen:

SCHLUSS MIT DER SOZIALPARTNERSCHAFT - sie dient nur dem Kapital.

Der ÖGB muss wieder ein Kampfinstrument der Arbeiterschaft werden.

SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE DURCH ARBEITERKONTROLLE - d.h. Selbstorganisation in den Betrieben; Kontrolle und Entscheidungen über Investitionen, Produktion, Personalpolitik und Arbeitsbedingungen.

LOHNERHÖHUNGEN, DIE EINE ECHTE STEIGERUNG DES REALEINKOMMENS BEDEUTEN - Kampf um die Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeitenden.

ÄNDERUNG DER STEUERPOLITIK - Verstärkte Besteuerung der Profite,
Senkung der Massensteuern.

KEINE SPALTUNG DER ARBEITERKLASSE DURCH DISKRIMINIERUNG VON AUSLÄNDERN, FRAUEN, JUGENDLICHEN!

In der Masse, in der sich Kämpfe um diese und andere Forderungen an der Basis entwickeln, wird eine ausserparlamentarische linke Alternative zur SPÖ entstehen; wird sich die Frage der Vereinheitlichung der Linken konkret stellen; werden neue organisatorische Formen der Basisdemokratie entstehen; wird die Polarisierung innerhalb der SPÖ zunehmen und sich ein linker Flügel entwickeln können.

Dann wird sich die Möglichkeit einer ernstzunehmenden Alternative zur SPÖ bei Wahlen, die auch von wesentlichen Teilen der Arbeiterschaft als solche erkannt und getragen wird, eröffnen.

Ansätze zu solchen Bewegungen gab es schon und gibt es immer wieder. Die FÖJ-BfS sieht ihre Hauptaufgabe darin, solche Regungen an der Basis aufzugreifen, zu unterstützen, ohne sie in Beschlag zu nehmen.

Wir wollen neue Kämpfe um die Forderungen der arbeitenden Menschen vor allem in den

Betrieben und Büros, aber auch an Schulen und in den Wohnvierteln initiieren und vorantreiben.

SCHAFFEN WIR EINE ALTERNATIVE ZUR SPÖ UND DER SOZIALPARTNERSCHAFT!!

VERSTÄRKEN WIR DEN KAMPF UM DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE!!!

DAS ZIEL IST BASISDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS!!!

1975/9/12

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus,
für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10